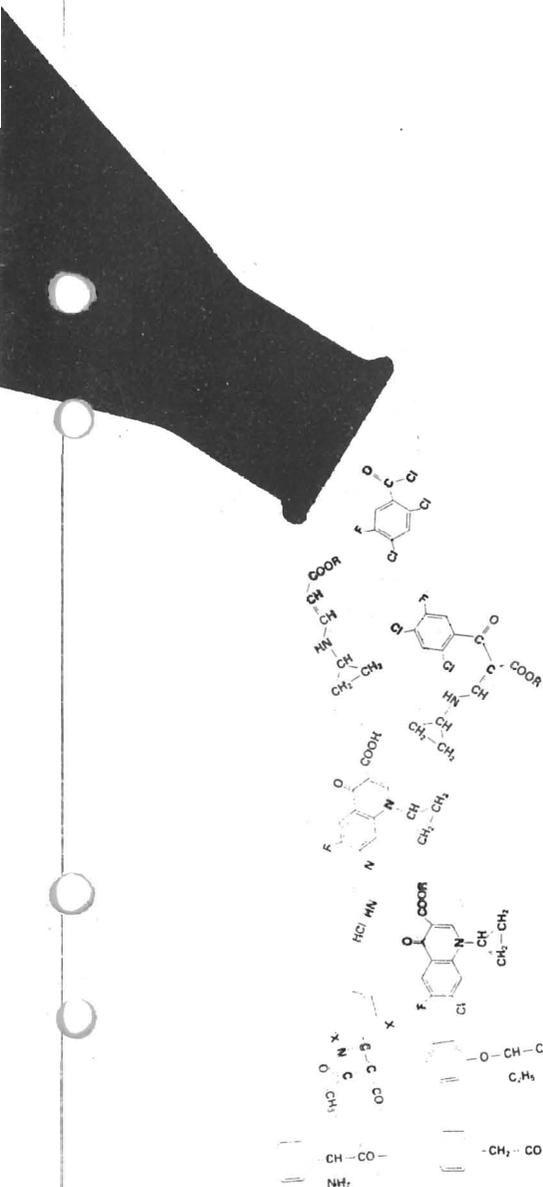


STICH

9. JAHRGANG
5/6-91
Dezember 1991

- 
- 4 SCHWERPUNKT-THEMA:**
70 Jahre streikfreies BAYER – 70 Jahre Ruhe im Betrieb?
 - 12 FORSCHUNG/WISSENSCHAFT:**
BAYER bestimmt Schadstoff-Grenzwerte am liebsten selbst
 - 22 IMPERIUM:**
Repressionen bei BAYER INDUSTRIAL in Peru halten an
 - 18 GEGENWEHR:**
Neue Koalition der Kritiker greift US-Multis an
 - 16 KOMMENTAR:**
Lenkungsabgaben und Milchmädchenrechnungen
 - 20 UNTERNEHMER-STRATEGIEN:**
Responsible Care®: Die Fürsorge der chemischen Industrie

WORT...

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen Chemiekonzern.

BAYER-Infos fast geschenkt

Seit 13 Jahren beobachten wir die Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen durch den Chemiemulti BAYER.

Jetzt räumen wir unser Lager und geben deshalb einen Teil unserer Materialien zu einem Sonderpreis ab:

»X für U«, die Minibroschüre über die Versuche des BAYER-Konzerns, der Öffentlichkeit im den Umweltpolitik ein X für ein U vorzumachen. 64 Seiten. Einzelpreis 2,50 DM zzgl. Porto.

und

STICHWORT BAYER, Sonderausgabe »Repression statt Lohn – Knast und Rausschmiss für unliebsame Gewerkschafter bei Bayer do Brasil«. Mai 1990. 28 Seiten. Einzelpreis 5,- DM zzgl. Porto.

und

STICHWORT BAYER, Doppelausgabe 5/6-1990, Schwerpunktthema Lateinamerika, Dezember 1990, 32 Seiten. Einzelpreis 5,- DM zzgl. Porto.

und

»Don't BAYER me!«, unser beliebtester weitverbreiteter Anführer mit dem BAYER-Gefahrenkreuz im Leuchtfarbe auf ganzen 113 Koordinaten im Weltatlas. Einzelpreis 1,- DM zzgl. Porto.

Jetzt im Paket zusammen nur 10,- DM incl. Porto gegen Vorkasse!

Coordination Gegen BAYER-Gefahren e.V.
Hofstr. 27a • 5650 Solingen 11
Telefon 02 12-33 49 54

STICHWORT... INHALT

SCHWERPUNKT:

● 70 Jahre streikfreies BAYER – 70 Jahre Ruhe im Betrieb?

SEITE 4-10

KOMMENTAR:

● Lenkungsabgaben und Milchmädchenrechnungen

SEITE 16

BERICHTE:

● BAYER bestimmt Schadstoff-Grenzwerte am liebsten selbst

SEITE 11-15

● Neue Koalition der Kritiker greift US-Multis an

SEITE 18-19

● Responsible Care®: Die Fürsorge der chemischen Industrie

SEITE 20

● Repressionen bei BAYER INDUSTRIAL halten an

SEITE 22

● Proteste gegen neue I.G.-FARBEN-Hauptversammlung

SEITE 26

● Kampagne gegen Essen aus dem Gen-Labor

SEITE 25

AUFRUF:

● Gegen Gewalt und Fremdenhaß

SEITE 28

SCHLAGLICHTER:

SEITE 29-31



Das Don't BAYER me!-Shirt kann für 28,90 DM zzgl. 6,00 DM Porto/Verpackung direkt bei der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN bestellt werden. Postkarte genügt.

STICHWORT... IMPRESSUM

STICHWORT... – Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern. 9. Jahrgang, Ausgabe 5-6/91, Dezember 1991. Postvertriebsstück F 10848 F

Herausgeber: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. (CBG), Aktiv für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER – weltweit, Hofstr. 27a, 5650 Solingen 11

CBG ist ein internationales Selbsthilfenetzwerk des vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffenen und an diesem Konzern Interessierten. Zusammenfassend die Tätigkeit dieses Multinationalschleibegleiters, Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch und Umwelt bekannt zu machen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. ● Je ein Exemplar von **STICHWORT...** wird dem Vorstand der BAYER AG, Kaiser-Wilhelm-Allee, 5090 Leverkusen, übersandt. Lesenden haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen im **STICHWORT...** behandelten Themen Stellung zu beziehen.

Redaktion: Uwe Friedlich (uf) verantwortlich, S.d.P.; Hubert Ostendorf (ho); Henry Mathews (hm); Ruth Souerwein (rs); Ellen Sänke Jahn (sj); alle w/ko

CBG, Hofstr. 27a, 5650 Solingen 11, 02 12-33 49 54, FAX nach Absprache
Bankverbindungen: Otkobank Frankfurt, Konto-Nr. 179612; BILZ 50090100; Postgiraamt Essen, Konto-Nr. 378383-439; BILZ 56010104

Vertrieb: Eigenverlag
Vertrieb: Coordination gegen BAYER-Gefahren, Lagerstr. 78, 4000 Düsseldorf 1

Layout: Stefan Schaubberger, Krefeld
Satz: TEXTLINE, Oberursel

Druck: DIE GRÜNEN
Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.1990. Austauschanzeigen bitte der Redaktion anbieten.

Erscheinungsweise: **STICHWORT** erscheint im mindestens fünf Ausgaben pro Kalenderjahr.
Bezugspreise: Einzelheft 8,00 DM; Abonnement 48,00 DM pro Jahr; Mitglieder der **CBG** erhalten **STICHWORT** im Rahmen ihrer Mitgliedschaft.

Nachdruck: Der Nachdruck von Artikeln aus **STICHWORT...** ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden!

Eigentumsverbehalt: Die Zeitschrift **STICHWORT...** bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes dem Nichtauslieferung unweiblich zurückzugeben. ● **Haftung:** Namentlich oder als Dokumentar- oder zeichnerische Beiträge übernehmen und abgeben die Meinungen der Redaktion oder des Herausgebers, weder für namentlich oder zeichnerische Beiträge haften ausschließlich die Autoren selbst. ● Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in **STICHWORT...** ohne gesonderten Hinweis genannt. Auktoren sind nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

BAYER

Zur Aufnahme in den paraspierenden Postzeitungsdiensthor die Deutsche Druckpost zur Auflage gemacht, den Firmennamen »BAYER« aus dem Titel dieser Zeitschrift zu streichen. Trotz dem enthält »STICHWORT...« heute die gleichen Informationen wie früher »STICHWORT BAYER«.

Liebe Leserinnen und Leser,

Hermann Josef Strenger, Vorstandsvorsitzender der BAYER AG, tritt ab. Er beendet seine Traumkarriere vom einfachen Angestellten zum Konzernlenker. In diesen Tagen erst wurde er noch von der Bürde des Bundesvorsitzes seiner Branche, der Präsidentschaft im Verband der Chemischen Industrie (VCI), befreit.

Für seinen Abgang hat er sich ein gruseliges Szenario erdacht. Wie ein Orkan stößt er eine Hiobsbotschaft nach der anderen aus. »Rauher Gegenwind« macht einem der mächtigsten Männer unseres Landes mitsamt seiner Branche und der »robusten ... Konjunktur« zu schaffen. Die deutsche Chemie und mit ihr ein ganzes Heer von Industrielöhnen stehen unmittelbar vor dem Aus, könnte mensch meinen. In der ihm eigenen, mit nachdrücklichem Phlegma verkündenden Art umschreibt Strenger die unheilvollen Konsequenzen wie folgt: »Konsolidierung und Abbremsen des Kostenanstiegs lauter ... das Gebot der Stunde in unserer Branche.« Im Klartext bedeutet das nichts anderes, als daß gespart werden soll. Gespart – auf Kosten der Produktionssicherheit, auf Kosten der Beschäftigten, auf Kosten der Umwelt, auf unser aller Kosten also. Wieder einmal. Dabei geht es der chemischen Industrie alles andere als schlecht. Rechnet doch der VCI für 1991 in Westdeutschland mit einem Produktionsanstieg von immerhin drei Prozent. Der Umsatz, so Strengers Prognose, fällt mit einem Plus von drei bis vier Prozentpunkten sogar noch besser aus. Knackpunkt



Hubert Ostendorf ist Redaktionsmitglied von STICHWORT BAYER und im Vorstand der CBG.

der von ihm verbreiteten depressiven Stimmung bleibt somit der Gewinn. Und hier hört bekanntlich jeder Spaß auf. Der Gewinn also werde, so Strenger, glatt um zehn Prozent zurückgehen. Bezogen auf den BAYER-Konzern würde demnach der offiziell ausgewiesene Gewinn vor Steuern von gut 3,3 Milliarden auf nunmehr gut 3,0 Milliarden Mark sinken. Keine Katastrophe, wie mensch meinen sollte. Katastrophal aber ist die Begleitmusik, deretwegen Strenger das Geheule um die sinkenden Einnahmen vom Zaun bricht. Mit einer schlechten Ertragslage ist es von jeher gelungen, den politisch Verantwortlichen wie den Beschäftigten mitsamt ihrer untertänigen Rappengewerkschaft einen kräftigen Marsch zu blasen. Heute, fünf Jahre nach dem Großbrand bei SANDOZ und fünf Jahre nach den wiederholten Chlorkresol-Unfällen bei BAYER, geht es darum, »geplante oder bereits in Kraft getretene Abgaben« für Abwasser, Kohlendioxid und Abfall zu kippen. Denn »damit«, so Strenger wörtlich, »wird allmählich eine Schmerzgrenze erreicht.« Daher also weht der Wind.

Ausgerechnet die Bonner Umweltpolitik, so der scheidende Konzernherr, bedrohe die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Chemie. Versuchte er früher in ähnlichen Zusammenhängen mit der Eigenverantwortung seiner Branche schärfere Gesetze abzuwehren, so ist heute selbst diese, ein Minimum an Umweltengagement suggerierende Formel, passé. Das derzeit probate Mittel zur Abwehr neuer Auflagen heißt »internationale Harmonisierung«. Ein Begriff, von dem Strenger in anderen Zusammenhängen – Stichwort: deutsche Standards in BAYER-Werken der Dritten Welt – gar nichts zu halten scheint (STICHWORT BAYER berichtet mehrfach).

Vor dem Hintergrund des bevorstehenden europäischen Binnenmarktes und der insgesamt »immer enger verflochtenen Weltwirtschaft« freilich »passen nationale Alleingänge« scheinbar wirklich »nicht mehr in die Landschaft«, wie Strenger glauben machen will. Im Hintergedanken dieser kosmopolitisch zur Schau getragenen Attitüde aber spekuliert er wohl vor allem auf eine Harmonisierung der internationalen Vorschriften im Sinne einer Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Damit käme BAYER, im europäischen Vergleich kein Schlußlicht in Sachen Umweltschutz, um neue Investitionen in diesem Bereich vorerst herum.

PS: Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN wird auch im nächsten Jahr wieder frischen Gegenwind für BAYER machen.

BAYER

70 Jahre streikfreies BAYER

70 Jahre Ruhe im Betrieb?

Rückblick mit Ausblick

70 Jahre streikfreies Leverkusen. Gab es bis auf die Ausnahmen 1921 und 1971 in der Belegschaft keine Auseinandersetzungen, keine Verteilungskämpfe zwischen Gewerkschaft und Kapitaleseite angesichts des Wirtschaftsbooms der 60er Jahre und nach den ersten Strukturkrisen von 1967?

Lohnt es sich überhaupt, an vergangene Streiks zu erinnern? Denn die soziale Absicherung der Beschäftigten in der chemischen Industrie ist beträchtlich – jedenfalls in deutschen Betrieben. Die Variante Sozialpartnerschaft – gestützt auf einen jahrelangen stabilen Boom in der Chemie – hat in den Großbetrieben ein umfassendes soziales Netz geschaffen. Aber: Wird es so bleiben? »Die sieben fetten Jahre sind vorbei«, sagte BAYER-Vorsitzender Strenger auf der Aktionärshauptversammlung im Juni. Er sprach von

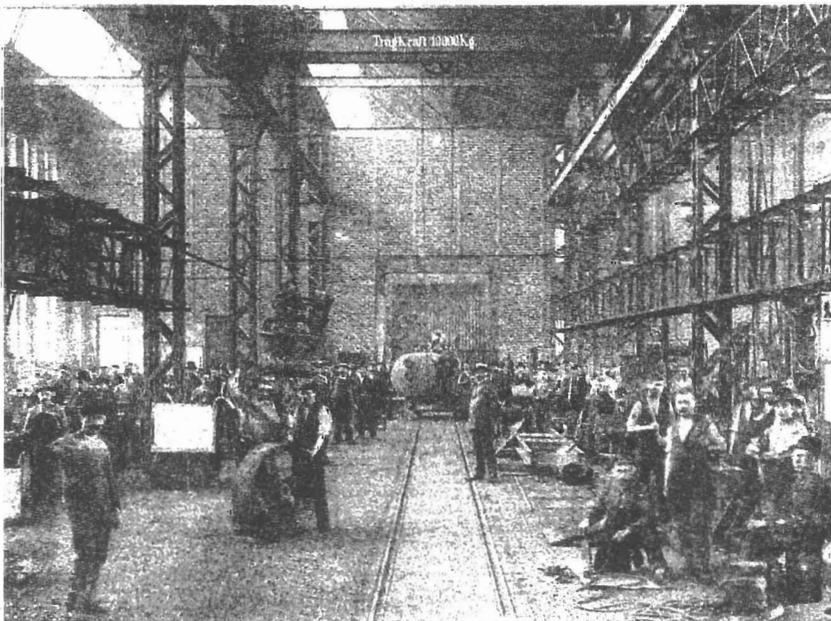
»Ballast abwerfen« und »Schwachstellen beseitigen«. Die wirtschaftlichen Daten haben sich im zweiten Halbjahr wieder verbessert – aber Unsicherheiten bleiben. Der Boom hat an Stabilität verloren.

Es gibt Probleme: Flexibilisierung, Verdichtung der Arbeit, Rationalisierung in wichtigen Bereichen. Immer mehr Fremdfirmen übernehmen Aufgaben im Produktionsablauf. Damit wächst die Gefahr des Unterlaufens von Sicherheitsstandards, aber auch von sozialen Standards. Hinzu kommt die Diskussion um die Rolle der chemischen Industrie als Umweltrisiko. Ökologische Schäden wie die Altlast »Dhünnau« oder die immer noch beträchtlichen Schwermetallfrachten von Rhein und Wupper werden nicht mehr als »Preis des Fortschritts« hingenommen, für den die Gesellschaft aufzukommen hat. Erste Schritte der Bun-

desregierung, Unternehmen mit Umweltabgaben zu belegen (geplante CO₂-Abgabe), beantwortete Hermann-Josef Strenger mit der Drohung, Standorte ins Ausland zu verlegen – so wie dies sein Vorgänger Hansen 1971 androhte, als die IG-Chemie kräftige Lohnerhöhungen forderte.

Die Zeiten in der Branche werden konfliktreicher. Auch darum der Rückblick. In den Streiks von 1921 und 1971 ging es um mehr als die äußeren Anlässe. 1921 ging es um den Acht-Stunden-Tag, um mehr freie Zeit für die Arbeiter. 1971 ging es u.a. darum, daß Lohnerhöhungen mehr sein sollten als der Ausgleich für Preiserhöhungen. Um grundsätzliche Ziele wird es in Zukunft gehen, wenn es um einen ökologischen Umbau geht und auf wessen Kosten dieser erfolgen soll. Streiks zeigen immer etwas von der Konfliktfähigkeit der Belegschaften und ihrer Gewerkschaft, von der Fähigkeit, eigene Ansprüche zu formulieren und durchzusetzen. Sozialpartnerschaft verführt dazu, diese Fähigkeit zu vergessen, die Gemeinsamkeit mit den Unternehmern, die ihre eigenen Interessen verfolgen, an die erste Stelle zu setzen. In den kommenden Auseinandersetzungen kann das für die Belegschaften schwerwiegende Folgen haben. Ein Rückblick auf die Streiks von 1921 und 1971 sowie ein Blick auf die Auseinandersetzungen des BUND mit dem Referat von Hermann Rapp, das dieser auf dem diesjährigen Gewerkschaftstag der IG-Chemie gehalten hat, soll diese Fragen näher beleuchten.

FOTO: MELENSTEINE



Blick in eine BAYER-Werkshalle um 1910.



FOTO: MEILENSTEINE

Arbeiter demonstrieren 1923 vor der BAYER-Direktion gegen die Folgen der Inflation.

1921: Es ging um den Acht-Stunden-Tag

Am 29. Januar 1921 geht der Arbeiter Ernst Creutzberg mit ein paar Kollegen in die Schwefelsäurefabrik der Farbenfabriken BAYER und holt die Arbeiter dort raus. Die Öfen erkalten, die Produktion muß für längere Zeit stillgelegt werden. Damit beginnt der längste Streik in der Geschichte von BAYER in Leverkusen. Die Direktion antwortet mit der Aussperrung sämtlicher 8300 Arbeiter.

Hintergrund des Streiks war der Acht-Stunden-Tag, auf den sich die Unternehmer nach der Novemberrevolution von 1918 eingelassen hatten, den sie aber wieder vom Tisch haben wollten. Am 15. November 1918 hatte die Zentralarbeitsgemeinschaft (ein gemeinsamer, paritätisch besetzter Ausschuß von Vertretern der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften, eine Art konzertierter Aktion), den Acht-Stunden-Tag als das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit auch für die Betriebe der chemischen Industrie festgesetzt.

Vor dem Ersten Weltkrieg lag die Arbeitszeit dort bei neun Stunden, bei einer Anwesenheitspflicht für die Tageschichten von 7.30 Uhr bis 18 Uhr; Wechselschichtarbeiter mußten 12 Stunden arbeiten.

Am 18. November 1918 wurde der Acht-Stunden-Tag ohne Lohnausgleich in Vereinbarung mit dem Wiesdorfer Arbeiter- und Soldatenrat bei den Farbenfabriken BAYER in Leverkusen eingeführt. Aber sehr bald schon versuchte die Werksleitung, die Regelung wieder auszuhebeln durch eine Ausweitung der Überstundenarbeit. Anfang 1921 ließ es die Werksleitung zu einer Kraftprobe kommen.

Es war üblich geworden, die geleisteten Überstunden abzufeiern. Am 21. Januar 1921 nun entließ die Werksleitung den 22-jährigen Arbeiter Ernst Creutzberg eben wegen solchen Abfeierns fristlos. Drei Tage später ließ sie durch Rundschreiben künftiges Abfeiern verbieten. Creutzberg war Mitglied der VKPD (Vereinigte Kommunistische Partei) und Mitglied

des Aktionsausschusses beim Streik gegen einen zehnpromzentigen Lohnabzug im August 1920.

Der Werksleitung ging es nicht um die Überstunden, da gerade konjunkturelle Flaute herrschte. Über die wirklichen Ursachen äußerte sich Carl Duisberg in einem Brief vom 14. Februar 1921 an den Vorsitzenden des Zentralarbeitgeberverbandes für die chemische Industrie, Dr. Frank:

»Wie Sie wissen, ist bei uns wilder Totalstreik. So dumm wie diesmal haben es die Gewerkschaftsführer und die von ihnen verhetzten Arbeiter des Bezirks Wiesdorf noch nie angefangen. Schon seit Wochen zerbrechen wir uns den Kopf, wie wir unseren Betrieb einschränken können. Die Läger sind überfüllt wie nie zuvor, an Farben haben wir mindestens doppelt soviel wie vor dem Krieg Vorräte. Es konnte uns also nichts besseres passieren, als daß der Streik, der doch einmal kommen mußte, jetzt ausbrach.« Und mit Blick auf die kommunistischen Arbeitervertreter fährt Duisberg fort, daß

die Werkleitung »endlich einmal die schon lange notwendige Siebung vornehmen (kann), die uns das letzte Mal, als wir gelegentlich der Verweigerung des Steuerabzuges die Fabrik stilllegen mußten, nicht vornehmen konnten...«

Die BAYER-Arbeiter betrachteten die Entlassung als prinzipielle Frage der Verteidigung des Acht-Stunden-Tages. In geheimen Abstimmungen sprach sich die übergroße Mehrheit für einen Streik aus. Dem schloß sich am 28. Januar auch eine Mitglieder-versammlung des Fabrikarbeiterverbandes an, nachdem Verhandlungen zwischen Werkleitung und Gewerkschaftsvertretern gescheitert waren. Der Streikbeginn wurde auf den 29. Januar festgelegt, aber eine Betriebsrätekonzferenz am Samstagmorgen bestätigte diesen Termin nicht, da sich einige Betriebsräte für eine

Verschiebung aussprachen. Daraufhin ging Ernst Creutzberg in die Schwefelsäurefabrik – und wir stehen am Beginn des Streiks.

Der Streik dauerte vier Wochen lang und wurde sehr diszipliniert durchgeführt. Die Werkleitung aber wich keinen Zoll von ihrer Position zurück und lehnte alle Verhandlungen ab, solange der Streik andauerte. Sie konnte sich diese Politik der Stärke leisten, weil der Fabrikarbeiterverband den Streik als »wilden Streik« deklariert hatte und ihn nicht unterstützte, auch keine Streikunterstützung zahlte. Bei verschiedenen Schlichtungsinstanzen bekam die Werkleitung immer wieder recht in ihrer Vorgehensweise.

Der Arbeitskampf endete am 4. März 1921 mit der faktischen Aufhebung des Acht-Stunden-Tages. Auch zahlreiche Solidaritätsspenden und ei-

nige Sympathiestreiks konnten das nicht verhindern. Er führte zur Eliminierung der engagierten Arbeiter aus dem Betrieb, dem Betriebsrat und schließlich auch aus der Gewerkschaft.

In der chemischen Industrie wurde die tägliche Arbeitszeit auf neun Stunden ausgedehnt. 1924 dauerte eine normale Tagschicht von 7.20 Uhr bis 14 Uhr und von 12.40 Uhr bis 17 Uhr. Im April 1924 arbeiteten in der chemischen Industrie knapp die Hälfte der Arbeiter mehr als 48 Stunden pro Woche. Die Farbenfabriken BAYER baute die Zahl der Beschäftigten von 1923 bis 1924 von 8809 auf 5421 ab. ● rs

Quelle: Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Leverkusen in der Weimarer Republik von Rainer Schulze

BAYER früher und heute. Trotz äußerer Ruhe ist die BAYER-Geschichte auch geprägt von Konflikten.



FOTO: MEILENSTEINE

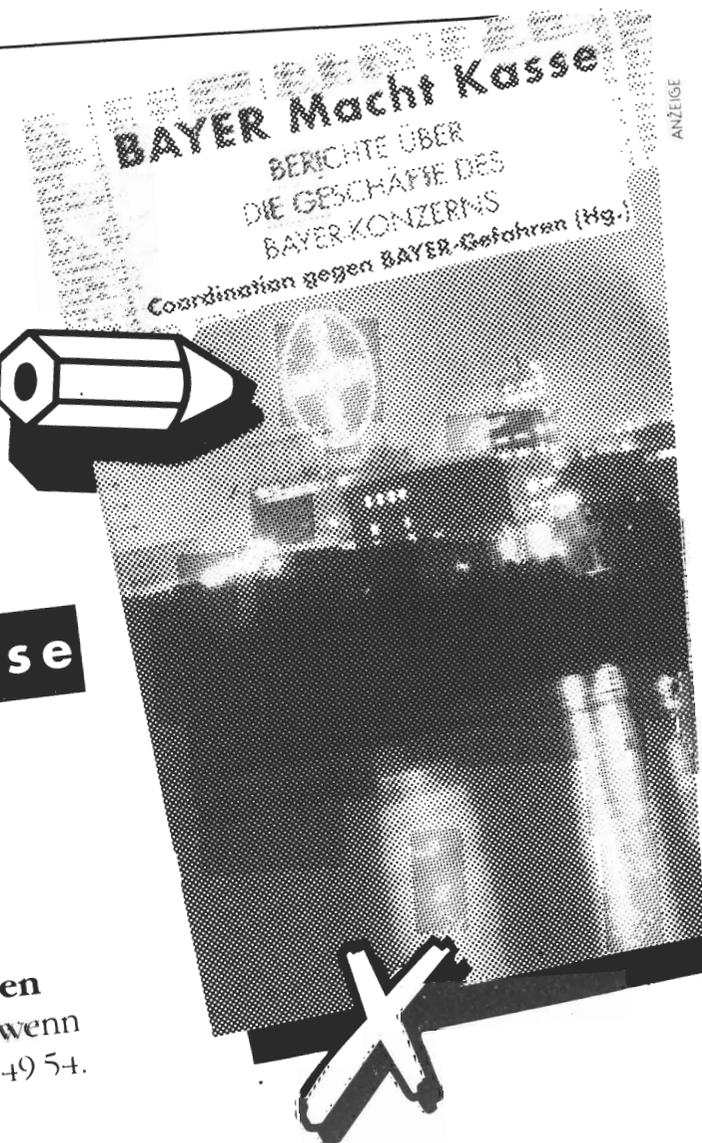
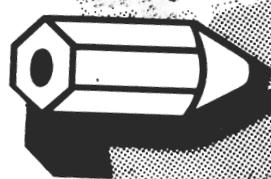


BAYER Macht Kasse liefert unentbehrliche Informationen für GewerkschafterInnen, ÄrztInnen, TierversuchgegnerInnen, Dritte-Welt-Engagierte, UmweltschützerInnen, BAYER-Beschäftigte und -An-

BAYER Macht Kasse

wohnerInnen, PolitikerInnen, Betriebsräte, AktionärInnen...

Coupon ausfüllen und senden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren
 Hofstraße 27 a, 5650 Solingen 11, oder wenn es eilt, telefonisch bestellen (02 12) 33 49 54.



Coupon



- Exemplar(e) BAYER Macht Kasse für 24,80 DM
- 5 Expl. für nur 110,- DM (14,- DM gespart)
- 10 Expl. für nur 210,- DM (38,- DM gespart)
- 20 Expl. für nur 400,- DM (96,- DM gespart)
- Stichwort BAYER (kritische Infos zum BAYER-Multi), kostenlos zzgl. 5,- DM für Porto und Verpackung
 Lieferung nur gegen Vorkasse. Bitte Scheck beifügen. Alle Preise enthalten 7% MwSt.,

 Name, Vorname

 Straße, Tel.-Nr.

 PLZ, Ort

 Datum, Unterschrift

Ich/wir besitzen
 — BAYER-Aktien und haben Interesse die Stimmrechte den "Kritischen BAYER-Aktionären" zu übertragen.

1971: Bei BAYER blieb es ziemlich ruhig

»Hansen ließ keinen Zweifel daran, daß die von der Gewerkschaft geforderte Lohnerhöhung von 12 vH einfach nicht mehr verkraftet werden könne.« So zitiert die Kölnische Rundschau vom 7. Mai 1971 den damaligen BAYER-Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Kurt Hansen. Der hatte am Tag zuvor Journalisten im Vorfeld der Aktionärshauptversammlung, die im Juni stattfinden sollte, die Geschäftsentwicklung in ganz schwarzen Farben gezeichnet. Und dabei der Gewerkschaft,

die eine Tarifforderung von 12 Prozent aufgestellt hatte, schon mal den Schwarzen Peter zugeschoben.

Die IG Chemie im Bezirk Nordrhein hatte zum 31. März 1971 den Tarifvertrag gekündigt. Im April hatte die Chemische Industrie im Bezirk Nordrhein in der ersten Verhandlungsrunde überhaupt nichts und in der zweiten ganze 5 Prozent geboten sowie jede Verhandlung über eine Absicherung des 13. Monatseinkommens abge-

lehnt. Im Mai scheiterte die Landes-schlichtung. Anfang Juni erklärte die IG Chemie den »aktiven tariflosen Zustand« und rief die Belegschaften zu Aktionen auf.

Während es im Laufe dieses Monats in vielen kleineren Chemiebetrieben zu Streiks kam, an denen sich am Höhepunkt rund 23 000 Beschäftigte beteiligten, blieb es in den BAYER-Betrieben ziemlich ruhig. Es kam zu Versammlungen auf dem Werksgelände, überzogene Mittagspausen, in denen Vertrauensleute über den Stand der Lohnrunde informierten, und ähnliches. Die Neue Rhein Zeitung (NRZ) und der Kölner Stadtanzeiger berichteten von Warnstreiks bei Agfa und bei BAYER-Uerdingen, am 25. Juni auch von kurzen Streiks in drei Abteilungen von BAYER-Leverkusen. Zu den beiden Großkundgebungen der IG Chemie in Köln am 8. und 16. Juni fuhr aus Leverkusen einmal 1000 und das zweite Mal 1500 KollegInnen.

Die Werksleitung betrieb eine offensive Öffentlichkeitsarbeit, verschickte Briefe an die Familien – verbindliche, in denen sie Verständnis für die Forderung nach 12 Prozent Lohnerhöhung äußerte angesichts der Preissteigerungen. Schärfere an diejenigen, die an Aktionen teilnahmen. So erhielten 160 von den Lehrlingen, die an der Kölner Kundgebung vom 16. Juni teilnahmen, eine Abmahnung. Sogar die Eltern erhielten einen Brief zum Verhalten ihrer Kinder (damals galt die Volljährigkeit erst ab 21). »Aus beigefügtem Schreiben wollen Sie bitte ersehen, daß wir leider Veranlassung hatten, Ihren Sohn zu verwarren. Wir bitten Sie, dafür zu sorgen, daß sich Ihr Sohn zukünftig keine Verfehlungen mehr zuschulden kommen läßt und die Pflichten des Ausbildungsvertrages sorgfältig erfüllt.«

Die Lehrlinge bei BAYER in Leverkusen spielten eine sehr aktive Rolle im

FOTO: TRIPP



Unruhe vor den Werkstoren: Umweltschützer demonstrieren 1986 in Krefeld gegen die Rheinverschmutzung durch BAYER.

FOTO: TRIPP



Mahnwache von Arbeitslosen vor BAYER-Uerdingen 1988.

Streik. Sie beteiligten sich an verschiedenen Aktionen, zu denen die Streikleitung aufrief, in der zeitweise auch ein Vertreter der Jugendvertretung saß. Die Unternehmer bestritten entschieden ein Streikrecht für Lehrlinge und die Möglichkeit zur Teilnahme an betrieblichen Aktionen. BAYER bestand darauf, daß der Jugendvertreter nicht Mitglied der Streikleitung sein durfte und offiziell ausscheiden mußte. Übrigens waren damals die Lehrlinge diejenige Gruppe bei BAYER Leverkusen, am besten gewerkschaftlich organisiert war: Ihr Organisationsgrad lag bei 55 Prozent, der der Gesamtbelegschaft bei 35 Prozent.

Auf der Hauptversammlung der BAYER-Aktionäre am 16. Juni in Köln deutete Prof. Hansen die Möglichkeit von Produktionsverlagerungen ins Ausland an, wenn die Gewinne nicht stiegen. Hansen erklärte den Aktionären, daß Lohnerhöhungen, die über der Preissteigerungsrate von 5 Prozent lägen, die Stabilität der Wirtschaft gefährdeten – ein Standpunkt, der von Wirtschaftsminister Schiller im Rahmen der konzertierten Aktion ge-



Der Tanz um das Goldene Profit-Kalb vor einer BAYER-Hauptversammlung.

teilt wurde. Von Druck seitens BAYER weiß die NRZ vom 19. Juni zu berichten. BAYER habe versucht, die Stadt Köln zur Absage der Gewerkschaftskundgebung am 16. Juni zu bewegen. Der Konzern drohte mit Regreß-

forderungen, falls die Hauptversammlung von Kundgebungsteilnehmern gestört werden sollte.

Anfang Juli 1971 kam es schließlich nach einem Vermittlungsgespräch auf Bundesebene zu einem Tarifabschluß in Höhe von 7,8 Prozent und einer stufenweise Absicherung des 13. Monatseinkommens. ● rs

DOKUMENT

Ein Teilnehmer erinnert sich

Werner Eggert machte 1971 eine Lehre als Chemielaborant bei BAYER in Leverkusen. Er war gewerkschaftlich organisiert und Mitglied der Jugendvertretung. So kam er auch die Streikleitung für BAYER, die sich am 7. Juni konstituierte. »Den fortschrittlichen Gewerkschaften war klar, daß die Unternehmerfront nur durchbrochen werden konnte, wenn sich auch im BAYER-Werk die Kollegen bewegen«, sagt uns Werner Eggert im Rückblick. »Wir mußten gegen einiges ankämpfen. Da war die Ideologie der großen BAYER-Familie, und es fehlte an Erfahrung. In den vorangegangenen 50 Jahren hatte die BAYER-Belegschaft kaum passende Er-

kennnisse gesammelt. Und in den Gewerkschaftsgremien gab es genügend Miesmacher, die ständig allen verkündeten, bei BAYER seien eigene Aktivitäten aus den verschiedensten Gründen nicht drin.« Nach langen Diskussionen plante die Streikleitung eine erste größere Aktion am 14. Juni. 50 Vertrauensleute trafen sich morgens um 5.30 Uhr am Bahnhof Wiesdorf. »Nicht gerade viel«, erinnert sich Werner, »aber es war ein Anfang.« Schließlich hatte die Werksleitung den Familien der Vertrauensleute Briefe nach Hause geschickt. Aktive Gewerkschafter halfen der Streikleitung, Hunderte Vertrauensleute aufzusuchen, Briefe zuzustellen und so die Aktion vorzubereiten. Die 50 Vertrauensleute marschierten zum und durchs Werk.

Im Rückblick stellt Werner Eggert fest: »In der Einschätzung dieses '71er Streiks prallen die Meinungen aufeinander. Viele behaupten, 1971 habe gezeigt, daß Streiks bei BAYER und in der Großchemie nicht möglich sind. Ich glaube, 1971 war ein Anfang, war das Keimen der Erkenntnis, daß man für seine Interessen selbst und gemeinsam eintreten muß. Wir können daraus lernen.« Werner Eggert wurde im übrigen nach Abschluß der Lehre nicht übernommen. BAYER und die chemische Industrie insgesamt waren Vorreiter bei der Nichtübernahme von aktiven Jugendvertretern. ●

BUND contra Rappe

Positionen des IG-Chemie-Vorsitzenden Hermann Rappe untersucht der Arbeitskreis Umweltchemikalien/Toxikologie des BUND anhand Rappes Referat auf dem Gewerkschaftstag. Wir drucken die Stellungnahme auszugsweise ab.

Anlässlich der Vereinigung der IG Chemie-Papier-Keramik mit ihrer Schwestergewerkschaft in den neuen Bundesländern stellte ihr Vorsitzender »Selbstverständnis und Verantwortung der vereinigten IG Chemie-Papier-Keramik im gesellschaftlichen Fortschritt« in einer Rede dar, die von der Forderung nach langfristigen Perspektiven und konkreten Visionen durchdrungen war. In dieser Rede spielten umweltpolitische Aspekte eine wesentliche Rolle:

»Die größte außenpolitische Herausforderung, vor der die reichen Industrienationen des Westens heute stehen, liegt darin, daß der Nord-Süd-Konflikt, die Ost-West-Problematik und die Problematik endlicher Ressourcen und wachsender Umweltbelastung sich in diesen Jahren zu einem, zu dem Weltproblem überhaupt verschmelzen.« ...

Hierzu schwebt Hermann Rappe eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft vor, zu deren Elementen beispielsweise die »Schaffung eines Wirtschaftsprozesses, in dem sich neben Kapital und Arbeit auch die Natur gleichermaßen regenerieren kann«, gehört.

In der Erkenntnis, daß auch die Gewerkschaften »manchen Fortschritt zu Lasten von Natur und Umwelt erzielt« haben, setzte Hermann Rappe sich mit dem Problem der bislang unzureichenden gesellschaftlichen Vertretung von Natur- und Umweltschutzbelangen auseinander. ...

Man sollte meinen, daß an dieser Stelle die Arbeit der Umweltverbände und anderer ökologisch engagierter gesellschaftlicher Gruppen gewürdigt und eine Zusammenarbeit mit der IG Chemie-Papier-Kera-

mik angeregt würde. Weit gefehlt, anders als andere Gewerkschaften wie beispielsweise die IG Metall oder auch die chemische Industrie hält Hermann Rappe den Dialog mit der Umweltbewegung offenbar für unnötig und sieht den sozialökologischen Umbau der Industriegesellschaft vorrangig als gewerkschaftliche Angelegenheit an:

»Ich meine, daß gerade die Gewerkschaften sich dieser Aufgabe stellen müssen, denn sie ist eine Kardinalaufgabe im Reformprozeß für die umweltgerechte Industriegesellschaft. Und diese Aufgabe wird mit absoluter Sicherheit nicht gelöst, wenn wir eines Tages an irgendwelche grüne Turnschuh-Apostel Recht und Macht zur Mitbestimmung abtreten müssen.«

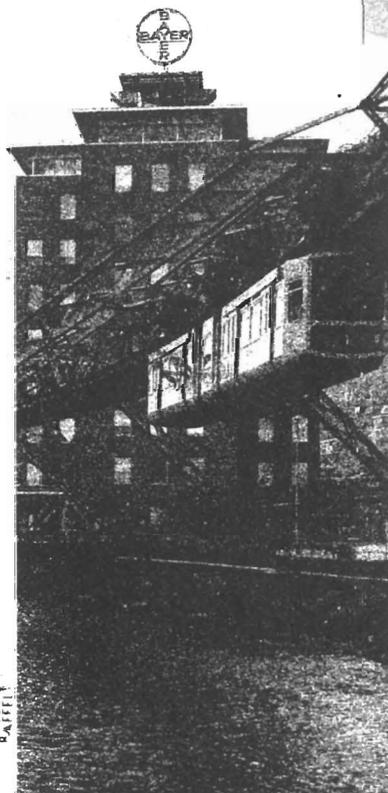
Diese Stelle wirft ein bezeichnendes Licht auf das Demokratieverständnis Hermann Rappes. Er erkennt zwar das Problem mangelnder gesellschaftspolitischer Vertretung umweltpolitischer Belange, ignoriert bzw. disqualifiziert jedoch die sozialen Gruppen, die sich der Vertretung eben dieser Interessen verschrieben haben. Dabei bedient er sich einer Methode, die frappierend an die Behandlung der Gewerkschaften durch die Unternehmer im vorigen Jahrhundert erinnert. Damals wurden die sozialen Probleme der Arbeitnehmer von den Arbeitgebern auch als durchaus ernstzunehmende Probleme angesehen. Die selbständige Wahrnehmung ihrer Interessen wurde den Arbeitnehmern jedoch verwehrt. Noch 1910 wurde die Forderung nach Tarifverträgen von der chemischen Großindustrie mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß die Arbeiterschaft damit ein »unzumutbares« Mitbestimmungsrecht darüber erhalte, zu welchen Bedingungen der Unternehmer dem einzelnen Arbeiter Beschäftigung gewähren soll. Statt dessen sollten die Arbeiter sich lieber der patriarchalischen Fürsorge und dem Verantwortungsbewußt-

sein ihrer Arbeitgeber anvertrauen. Heute empfiehlt Hermann Rappe dem ökologisch besorgten Bürger, sich in chemiepolitischen Fragen dem gemeinsamen Sachverstand und Verantwortungsbewußtsein von IG Chemie und Chemieunternehmen anzuvertrauen. ...

Darüberhinaus stellt sich die Frage, wieweit Hermann Rappe und seine Gewerkschaft dem selbstgesetzten Anspruch gewachsen sind, den »Reformprozeß für die umweltgerechte Industriegesellschaft« umzusetzen. Leider sucht man in dem Grundsatzreferat vergeblich nach Konzepten für chemiespezifische Beiträge zur Lösung der globalen Umweltprobleme. Der IG-Chemie-Vorsitzende findet kein Wort zu den international diskutierten Lösungsansätzen für eine Sanierung der schwer gestörten biogeochemischen Stoffkreisläufe und auch kein Wort zum Problem der Überflutung von Natur und Gesellschaft durch die qualitativ und quantitativ weiter steigende Menge naturfremder synthetischer Stoffe. ... Rappes Unfähigkeit, eigene umweltpolitische Konzepte vorzulegen, und seine Ignoranz gegenüber der Umweltbewegung entspricht der seit längerem zu beobachtenden Weigerung der IG Chemie, an der öffentlichen chemiepolitischen Diskussion teilzunehmen. ...

Zu den Plänen für eine Chemie-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages heißt es: »Schon diskutiert man z.B. über eine Chemie-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. Unter Umständen hätte ich nichts dagegen, wenn der Souverän des Volkes über unsere Branche wirklich nachdenkt. ... Wer heute gegen die Chemie in der Gesellschaft vorgehen will, verbaut ohne oder mit voller Absicht die notwendigen Reformen zur Zukunft. Dagegen sage ich einen unerbittlichen Kampf an, Seite an Seite mit den Unternehmen. Wir wollen die Zukunft der ökologischen und sozialen Marktwirt-

schaft, und deswegen lassen wir einen Zerredungsprozeß der Chemie vergleichbar z.B. dem der Kernenergie von Anfang an nicht zu.« Der Versuch, einen breiten parlamentarischen Diskurs über systematische Alternativen zu den ressourcenverschwendenden und umweltzerstörenden Fehlentwicklungen der Industriegesellschaft in Gang zu setzen, wird von Rappe als Angriff auf die Chemie mißverstanden und als »Zerredungsprozeß« disqualifiziert. Der Vorsitzende der IG Chemie verkennt offensichtlich die Chancen, die sich aus einer öffentlichen Auseinandersetzung mit bisherigen Entwicklungslinien der Chemieproduktion, der Herausarbeitung der entscheidenden politischen Fragestellungen und der Suche nach stoffökologischen Perspektiven der Industriegesellschaft ergeben. Eine Chemie-Enquete-Kommission kann die chemiepolitische Diskussion strukturieren und Alternativen im Hinblick auf die Herstellung und den Gebrauch von Chemikalien herausarbeiten sowie Instrumente zur Umsetzung als sinnvoll erkannter chemiepolitischer Pfade prüfen und dem Gesetzgeber vorschlagen. Die Arbeit einer solchen Enquete-Kommission kann zu einem Diskussionsklima führen, das uns einer Art Umweltpartnerschaft näher bringt, die analog der Tarifpartnerschaft dazu führt, daß gesellschaftliche Gruppen mit unterschiedlichen Interessen bei klar definierten Spielregeln ökologische und sozial verantwortbare gemeinsame Wege und Ziele finden. ●



BAYER in Wuppertal:
Manchmal stinkt's.

Gestank bei BAYER

Darüber, daß es nicht immer bei BAYER stinkt, aber immer wieder, beklagte sich ein Leser in einem Brief an die Wuppertaler WZ. Eine Klage, der sich Anwohner nur anschließen konnten. Mit freundlicher Genehmigung der AutorInnen drucken wir hier Ihren Leserbrief zum Thema ab:

»Mit großem Interesse haben wir diesen Brief («Es stinkt nicht immer...») verschlungen. Gibt es doch endlich jemanden, dem es genauso geht wie uns. Im letzten Jahr haben wir wegen eines fauligen und modrigen Geruchs mindestens fünf Mal bei den BAYER-Werken angerufen. Ebenso wie Herr Ganns konnten wir nicht verbunden werden, dafür kam ein »Schnüffler«. Der dann zwei Sekunden seine Nase aus unserem Fenster steckte, und – Welch ein Zufall – es stank nicht mehr. Da keimt doch in jedem kritisch denkenden Menschen der Verdacht, daß die Anlage bis zum Eintreffen des »Schnüfflers« abgestellt wird. Aha, es ist also möglich, den »Stink« zu verhindern! Auf Anfrage, um welche Emissionen es sich handelt, konnte uns – natürlich – keine Antwort gegeben werden, weil die BAYER-Mitarbeiter über das Sinnesorgan Nase scheinbar nicht verfügen. Was nicht wahrgenommen werden darf, existiert demnach nicht. Als Anwohner der BAYER-Werke glauben wir, ein Recht auf Information zu haben, um sicher sein zu können, daß unsere Gesundheit nicht gefährdet ist. Wir bitten daher die BAYER-Werke um umfassende ehrliche Informationen.« ●

Christiane Simon,
Klaus von Zahn

BAYER bestimmt Schadstoff-Grenzwerte am liebsten selbst

Auf den Einfluß von Vertretern der chemischen Industrie und insbesondere von BAYER in den Gremien, die Grenzwerte für Chemikalien festsetzen, wies STICHWORT BAYER ausführlich in der Ausgabe 3/89 hin. Ein Einfluß, der nicht geringer geworden ist, wie der anschließende Beitrag auf Seite 14 zeigt.

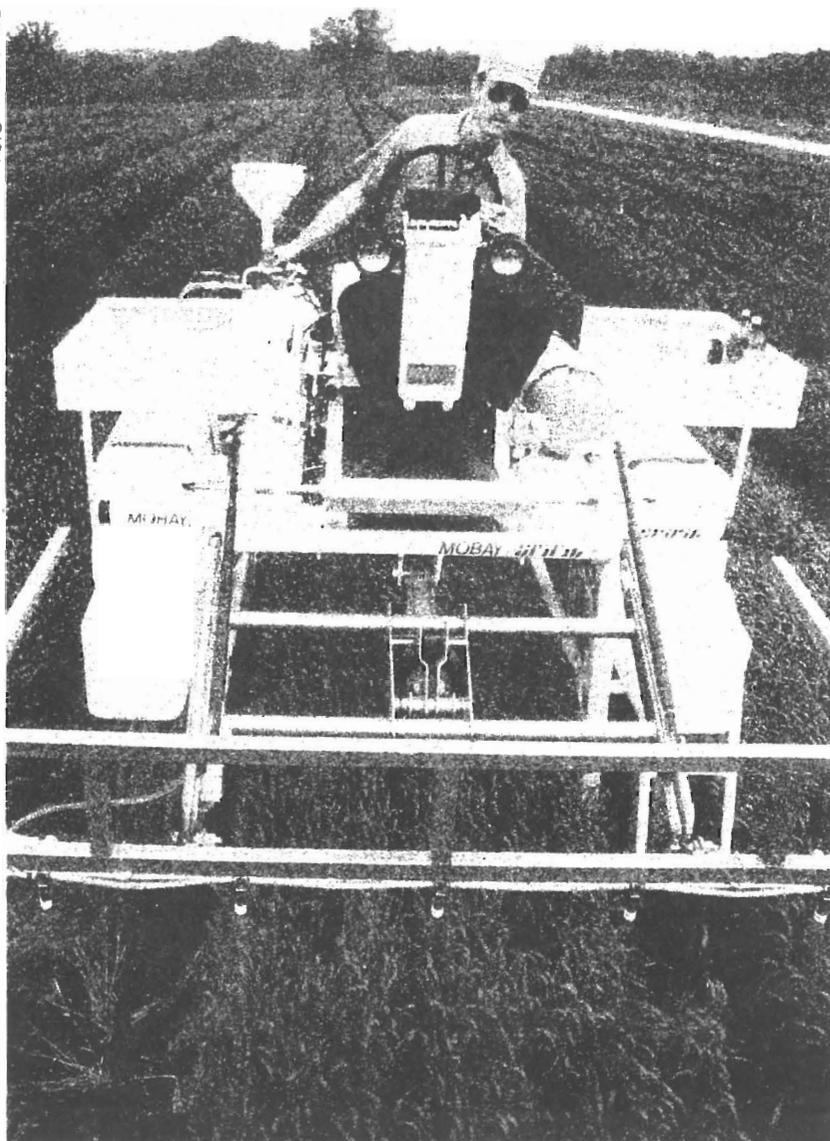
Anlaß war 1989 ein Protokoll des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) über einen »informellen Gedankenaustausch« einiger Industrievertreter, darunter Prof. Hulpke von BAYER, mit dem Vorsitzenden der Senatskommission der Deutschen Forschungsgesellschaft, Prof. Hensch-

ler, das der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN zur Kenntnis gelangt war. »Aus nahezu jeder Formulierung läßt sich der Wunsch der Industrie herauslesen, auf allen Ebenen der MAK-Werte-Arbeit beteiligt zu werden«, hieß es damals in STICHWORT BAYER.

In derselben Ausgabe zitiert STICHWORT BAYER aus der Untersuchung des US-amerikanischen Umweltberaters Barry Castelman. In der Untersuchung heißt es: »Dr. Georg Kimmerle ist seit 1981 in Grenzwerte-Broschüren schlicht als der »deutsche MAK-Kommissions-Verantwortliche« aufgeführt. Er ist Physiker, beschäftigt beim deutschen Chemieproduzenten BAYER, dessen US-Tochter MOBAY Pestizide, Isocyanate und andere Chemikalien produziert. Unmittelbar nach seinem Eintritt in das Grenzwert-Komitee (das amerikanische, d.Red.) war Kimmerle vornehmlich für die Entscheidung verantwortlich, den Grenzwert für das MOBAY-Pestizid FENTHION zu verdoppeln. Anschließend fertigte er Dokumentationen über drei andere Pestizide, die in den USA einzig von MOBAY hergestellt werden, an (FENAMIPHOS, METRIBUZIN und SULPROFOS)...« Mit anderen Worten, die Grenzwerte, denen die Arbeiter ausgesetzt sind, werden von den Herstellern der Chemikalien bestimmt.

Von den 30 gewählten Mitgliedern der Senatskommission der Deutschen Forschungsgesellschaft (von insgesamt 33), die für drei Jahre gewählt werden, waren 1989 sieben direkte Industrievertreter, darunter vier von BAYER: Dipl. Chemiker A. Eben, Prof. Dr. G. Kimmerle, Dr. D. Steinhoff und Dr. J. Lewalter. ●

FOTO: MEILENSTEINE



ÖKONZEPT : STEUERTIP



**Lassen Sie Ihr Geld
für den Umweltschutz arbeiten !**

Wildkatze
(Felis silvestris)
Vom Aussterben
bedroht.
Aus dem
ÖKONZEPT:
Rote-Liste-
Kalender 1990

Bekannt sind wir durch unsere Umweltschutz- und Rote-Liste-Kalender. Ein Programm hochwertiger, ökologisch orientierter Fotowandkalender. Selbstverständlich auch auf Original-Umweltschutzpapier. Zur Verbreitung des ökologischen Gedankens. Unterstützt von allen großen Umweltschutzverbänden unseres Landes. Gegen die Flut der »Heile-Welt«-Kalender. Erfolgreich entwickelt sich unser ökologisch orientiertes Projekt. Jährliche Zuwächse zwischen 30 und 40 Prozent machen jetzt zusätzliches Kapital erforderlich. Zur Finanzierung steigender Produktion und für verbesserte Vertriebsleistungen.

Wir bieten die Möglichkeit finanzieller Beteiligung. Als Stille Gesellschafterin oder Stiller Gesellschafter nehmen Sie an unseren derzeitigen Anfangs- und Aufbauverlusten und an unseren späteren Gewinnen teil. Auf diese Weise lassen sich Steuern sparen. Beteiligungen sind ab DM 1.000,- möglich.

ÖKONZEPT : Natur hat Zukunft

Ja

ich möchte Kapital sinnvoll anlegen. Ich interessiere mich für eine Beteiligung an der **ÖKONZEPT : Verlag GmbH**. Bitte senden Sie mir die Info-Mappe mit dem Beteiligungsprospekt (Inhalt: Projektbeschreibung, Finanzpläne, Gesellschaftsvertrag, Beteiligungsunterlagen etc.)

Name, Vorname:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift:

ÖKONZEPT : Verlag GmbH

Am Hackenbruch 85, Postfach 15 04 32, 4000 Düsseldorf 1, 02-11-216018 / Axel Köhler-Schnura

Beratergremien unter Ausschluß der Öffentlichkeit

Die Unternehmen der chemischen Industrie, auch BAYER, nehmen durch ihre Mitarbeiter in Institutionen wie MAK-Kommission und Ausschuß für Gefahrstoffe direkten Einfluß auf Diskussionen und gesetzliche Bestimmungen. Wolfgang Hien, Chemielaborant und Medizinsoziologe, beschäftigt sich mit dem Wissenschaftsverständnis, das in den genannten Gremien herrscht.

Es gibt in Deutschland eine Reihe von Gremien, denen die Einstufung und Regulierung krebserzeugender Stoffe obliegt. Beispielhaft seien die Senatskommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe (MAK-Kommission), die Arbeitsgruppe Toxikologie der Kommission für Pflanzenschutz, Pflanzenbehandlungs- und Vorratsschutzmittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Ausschuß für Gefahrstoffe (AGS) beim Bundesarbeits- und Bundesumweltministerium genannt. Ihre Entscheidungen sind oft präjudizierend für weite Bereiche der Arbeits- und Umweltpolitik. ... Die MAK-Kommission hat den Anspruch, die Elite der deutschen Toxikologie zu repräsentieren. Sie verkörpert damit so etwas wie den Geist der "scientific community" auf diesem Gebiet, ein eng abgegrenztes Subsystem, das seinen eigenen Regeln folgt. Andere Gremien haben sich nach dem gleichen Muster organisiert. So hat der AGS 1990 einen »Arbeitskreis Toxikologie« konstituiert, der nach den gleichen Prinzipien wie die MAK-Kommission arbeitet. Dies bedeutet: Dieses wichtige Gremium beruft seine Mitglieder selbst, wobei ausschließlich »Kriterien der Wissenschaftlichkeit« eine Rolle spielen sollen. ...

Wissenschaftlich verbrämte Verharm- losung des Krebsrisikos

»Mit der »Chemisierung des Lebens« aber haben die in Deutschland in jedem Jahr registrierten mehr als 80.000 Krebsodesfälle sicherlich nichts zu tun. ...« (Oertel 1958). Dieser Satz stammt von dem Begründer der deutschen MAK-Kommission, damals Leiter der toxikologischen Abteilung bei BASF. Es ist ein Satz, der von nahezu jedem der führenden deutschen Toxikologen auch heute noch oder wieder zu hören ist – nur mit dem Unterschied, daß sich die Zahl der Krebsodesfälle verdoppelt hat. ...

Seit vielen Jahren hämmert der Humangenetiker H.W. Rüdiger, mittlerweile Professor für Arbeitsmedizin und Mitglied der MAK-Kommission, der Fachgemeinde seine These von der veranlagten Krebsbereitschaft ein. Er stützt sich dabei zunächst einmal auf eine Wende in der US-amerikanischen Krebsforschung, wonach »fast alle Stoffe, wenn sie nur gründlich genug geprüft werden, krebserzeugend sein können« (Rüdiger 1991). Entscheidend sei die genetische Konstitution, ob Krebs entsteht oder nicht. Rüdiger knüpft unverblümt an eugenische Traditionen an, wobei er sich auch hier auf die US-amerikanischen biomedizinischen Wissenschaften berufen kann. Selbst wenn genetische Dispositionen für die chemische Kanzerogenese beim Menschen eine gewisse Rolle spielen – bis heute gibt es dafür kaum gültige Belege – so muß die Argumentation Rüdigers doch verwundern. Denn völlig aus dem Blick gerät in dieser Sichtweise, daß aus der ansonsten vielbeschworenen Komplexität der Krebsverursachung ein Faktor herausge-

nommen und zum alleinigen stilisiert wird. Welche praktischen Folgen das hat, läßt sich erahnen. Der Biochemiker Lewalter, ebenfalls Mitglied der MAK-Kommission, plädiert für die Abschaffung der MAK- und anderer Grenzwerte (Lewalter 1991). Relevant seien die individuellen Kapazitäten des Giftstoffwechsels und der Immunabwehr. Diese gelte es zu ermitteln, um dann für jeden einzelnen »individuelle Grenzwerte« aufzustellen. Als allgegenwärtige Methode kommt hierbei das Biomonitoring in Frage, das heißt die fortlaufende Kontrolle der Abbauleistung durch Blutanalysen. Daß letztlich damit auch die Allgemeinbevölkerung gemeint ist, wird angesichts der Problematik der Azofarben deutlich. Statt diese aufgrund ihrer nicht auszuschließenden Kanzerogenität zu verbieten, schlagen einflußreiche Toxikologen (Neumann 1990) die Entwicklung von Screening-Tests vor, welche die biologische Beanspruchbarkeit von Personen messen sollen.

Eine dritte Diskussionsrichtung innerhalb der toxikologischen scientific community erinnert sehr an die psychosomatische Medizin, welche fraglos viel zur Erhellung des komplexen Krebsgeschehens beizutragen hat. Dennoch läßt sich über die Bewertung und Gewichtung von Einflußfaktoren streiten. Es ist unakzeptabel, die Seele ins Spiel zu bringen, um sie gegen die Chemie auszuspielen. Dietrich Streinhoff, einflußreicher Toxikologe der BAYER AG, ebenfalls Mitglied der MAK-Kommission und Vorsitzender des »Arbeitskreises Toxikologie« des AGS, tut dies. Grundthese ist die von Oertel: Die Chemisierung unserer Lebenswelt sei auf keinen Fall Ursache der Krebserkrankungen. Wichtig sei »eine ganzheitliche Sicht des Krebsproblems« (Streinhoff 1989,

1990). Auffallend ist, daß von Steinhoff und seinen Anhängern – im Gegensatz dazu – die eindeutig erhöhte Krebsinzidenz ganzer Berufsgruppen wie zum Beispiel Lackierer und Edeltstahlschweißer für eine wissenschaftliche und praktische Bewertung verworfen wird, weil die auslösenden Agentien chemisch nicht exakt identifizierbar seien. Auch von den neueren Erkenntnissen über die Kanzerogenität von Pestiziden – auch und gerade in ihrer Kombinationswirkung – hält Steinhoff wenig. Er argumentiert sodann mit Freud, Fromm, Vester und Lorenz. Unsere technische Lebenswelt frustriert den Menschen und führe zu einer Entfremdung von der Natur. Der einzige Weg sei, »den Menschen mit den biologischen Gesetzen seines Körpers und der Umwelt vertraut zu machen« (Steinhoff 1989). Dies bedeutet beispielsweise, das biologische Gleichgewicht durch eine gesunde Lebensweise und eine positive Lebenseinstellung zu stärken. Mit der Metapher vom »biologischen Gleichgewicht« trifft sich Steinhoff mit Rüdiger und Lewalter. Krebs wird von seinem gesellschaftlichen Kontext, das heißt der Chemisierung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen, abgetrennt und zu einem rein biologischen Phänomen erklärt. Die Konsequenz dieses Biologismus ist: Betroffene sollen lernen, Krebs als Schuld und Schicksal zu akzeptieren.

Insbesondere im AGS spielen sozio-ökonomische Rahmenbedingungen als offen eingebrachte Argumente eine entscheidende Rolle. Aber auch Einstufungen in der MAK-Kommission können sich nicht – auch wenn das nicht offen ausgesprochen wird – von diesen Rahmenbedingungen freimachen. Im Hintergrund spielt immer ein unausgesprochener Konsens über den hohen gesellschaftlichen Nutzen der diskutierten Stoffe mit. ... Friedrich Pott, Hygieniker und Toxikologe der Düsseldorfer Universität, ebenfalls Mitglied der MAK-Kommission und des AGS-Toxikologenkreises, hat verschiedentlich darauf hingewiesen, daß Entscheidungen zur Einstufung und Regulierung von krebserzeugenden Stoffen auch von gesellschaftlichen Wertentscheidungen abhängen. Da ein Verzicht auf diese Stoffe (oder Berufe) aus wirtschaftlichen Gründen nicht in Frage komme, wird

»der Krebstod von Menschen bewußt in Kauf genommen« (Pott 1984). So beträgt das Lebensrisiko, an Lungenkrebs zu erkranken, bei erlaubter oder bewußt nicht regulierter Exposition gegenüber kanzerogenen Einflüssen oftmals bis zu mehreren Prozent. Obwohl sich Pott einer eigenen Bewertung enthielt, wurde er und andere, die ihn zitierten, von der eigenen Zunft – so beispielsweise von Steinhoff – heftig angegriffen: Solche Aussagen und Zahlen führten zu einer Emotionalisierung und Politisierung. ...

Die toxikologischen Deutungsmuster folgen einer »Logik der Risikogesellschaft«, wie sie von Ulrich Beck beschrieben worden ist. Grenzwerte für reine Stoffe, welche gar nicht für die komplexe Realität gedacht sind, gewinnen in der Risikogesellschaft nicht nur eine legitimatorische Funktion. Sie ermöglichen auch »groß angelegte Menschenversuche« (Beck 1986). Die bisherigen Ergebnisse dieser Versuche mit teilweise erschütternden Menschenschicksalen, wie zum Beispiel im Falle des Chlorphenol-Störfalls in der BASF 1953, werden selten genutzt, einen Stoff oder bestimmte Verfahrensbereiche wie zum Beispiel die Chlorchemie entschieden zu begrenzen. Demgegenüber beteiligen sich MAK-Mitglieder an Erklärungen, daß sie sich auch hier nicht von »ärztlicher Anteilnahme und psychiatrischem Mitgefühl« verleiten ließen (Szadkowskij u.a. 1984). In solchen Gremien wie der MAK-Kommission und dem AGS scheint es unmöglich, etwa Lackieren und Schweißen als hochgefährlich einzustufen und damit auf ein Minimum zu begrenzen. Es erscheint unmöglich, auf VFC und Polystyrol zu verzichten. Statt dessen werden zu deren Produktion notwendige, aber krebverdächtige Stoffe, wie zum Beispiel Weichmacher und Styrol, für harmlos erklärt. Als Beleg dienen industrie-eigene epidemiologische Negativstudien, die mit geringem und selektiertem Zahlenmaterial »nichts« gefunden haben. Studien industrieunabhängiger Wissenschaftler sind rar – ihnen wird selten der Zutritt zu Betrieben oder entsprechenden Unterlagen verwehrt. Wie kann unter solchen Umständen an eine wissenschaftliche Diskussion über Gefahrstoffe und deren Regulation überhaupt gedacht werden?

Vom toxikologischen Subsystem zur demokratischen Öffentlichkeit

Ein Lösungsweg wäre, das Postulat von der Wertfreiheit fallenzulassen. Letztendlich schwingen – auch in der Grundlagenforschung – immer Wertentscheidungen über den gesellschaftlichen Nutzen bestimmter Stoffe, Verfahren, Techniken mit. Vorausgesetzt dabei sind Vorstellungen von Gesellschaft, Mensch und eigener Identität, in die vielfältige Interessen eingewoben sind. Eine ehrliche Diskussion, welche solche Wertvorstellung zumindest schrittweise rückhaltlos offenzulegen versucht, würde uns schon ein ganzes Stück weiterbringen. Dazu wäre es aber notwendig, die Expertenkreise in doppelter Hinsicht zu öffnen. Zum einen sollen auch chemiekritische Wissenschaftler berufen werden – einmal davon abgesehen, daß die Berufungsprozeduren einer öffentlichen Kontrolle unterworfen werden müssen. Zum anderen sollten über die Frage des gesellschaftlichen Nutzens und des Risikos (hier: der Höhe der zusätzlichen Krebsrisiken), das die Menschen hierfür zu tragen bereit sind, demokratische Informations-, Disput- und Entscheidungsstrukturen aufgebaut werden. Die Verhandlung solch weitreichender und langfristiger Lebensinteressen der Menschen, wie sie mit krebserzeugenden Stoffen berührt werden, ist keine Angelegenheit eines toxikologischen Subsystems, sondern Angelegenheit der demokratischen Öffentlichkeit. Es deuten sich inzwischen genügende Möglichkeiten an, über Brückeninstanzen, Informationsstellen usw. wissenschaftliche Problemstellungen zu übersetzen und verständlich zu machen. Grundvoraussetzung hierfür ist, der Geheimhaltungspraxis vor allem der toxikologischen Abteilungen der Chemieindustrie ein Ende zu setzen. Das »Recht zu wissen« ist nirgendwo dringlicher als auf dem Sektor wissenschaftlichen Wissens. ●

Wolfgang Hien

Kürzungen und Zwischenüberschriften von der Redaktion

Lenkungsabgaben und Milchmädchenrechnungen

KOMMENTAR

Der Hamburger Journalist Sönke Jahn bewertet die Aussage des BAYER-Vorstandsvorsitzenden Strenger zu den geplanten Umweltschutzabgaben: »Mit neuen Abgaben würde die Schraube der Belastungen überdreht.«

Der Konzern hat sich für 48 Millionen DM ein Kommunikations- und Ausstellungszentrum mit Namen »Baykomm« geleistet. Mitte September fand dort das Presseforum »BAYER Umweltperspektive II« statt, zu dem 140 Journalisten aus 13 Ländern erschienen.

Vor denen hielt Vorstandschef Strenger eine anklagende Rede. Und er wählte dazu eine exquisite Verkleidung: die eines geprügelten Hundes. Trug er in den vergangenen Jahren noch den Umweltschutz auf der Zunge, so warnte er diesmal und drohte: Was war geschehen?

Bundesumweltminister Töpfer hatte Anfang September einen Entwurf für ein Abfallabgabengesetz vorgestellt, mit dem sogenannte Lenkungsabgaben eingeführt werden sollen. Diese sollen dem Produktionsfaktor Umwelt einen Geldwert zuordnen, so wie auch die Faktoren Arbeit, Kapital, Boden und sogar Unternehmerleistung in Geld ausgedrückt werden können.

Noch 1987 hatte BAYER aufgrund der Sandoz-Katastrophe ein milliardenschweres Umweltschutzinvestitionsprogramm angekündigt und hat Teilinvestitionen auf diesem Sektor inzwischen verwirklicht und werbewirksam vermarktet. (BAYER-Turbobiologie). Man sieht sich deshalb gerne als Vorreiter in Sachen Umweltschutz.

Aus Konzernsicht hat dieses Problem auf jeden Fall den Haken, daß die Umweltschutz- und die laufenden Rationalisierungsinvestitionen nicht zu trennen sind und für jede investierte Mark zusätzliche Folge- und Betriebskosten entstehen. Dem Konzern wird das zu teuer. Trotzdem, so Stren-

ger: »Die Versprechungen (sic!) von 1987 werden erfüllt.«

Aufgrund der staatlichen Lenkungsabgabe rechnet Strenger mit zusätzlichen Kosten bis Ende der 90er Jahre in Höhe von 1 Milliarde DM. So hoch war 1990 gerade mal der Konzerngewinn (nach Steuern) im Inland. »Diese Relation spricht für sich«, sagt Strenger.

Man könnte diese Milchmädchenrechnung übernehmen und sagen, daß augenscheinlich der Profit in der Chemie gleich den verursachten Umweltschäden ist. Das setzt aber zumindest voraus, daß die Lenkungsabgaben den Wert der Umwelt richtig beziffern. Zumindest annähernd werden sie stimmen, denn Strenger kündigte sogar an, daß die Herstellung von zwei »Schlüsselprodukten« des anorganischen Bereichs nicht mehr profitabel ist, wenn er pro Tonne Sondermüll Geld dazubezahlen muß.



Hermann Josef Strenger, auf dem Bildschirm über der Aktionärshauptversammlung schwebend.

Bräucht er nur den Müll vermeiden, bräucht er gar nix zahlen!

Aber Herrn Strenger ist klar, daß zum einen der Sondermüll nicht auf Null zu reduzieren ist und daß zum anderen jede Investition mit dem Ziel, den Müll zu reduzieren, erhebliche Folgekosten nach sich ziehen wird. Deshalb prescht er vor und nennt die geplanten Abgaben »parafiskalisch« und meint: Verdeckte Steuern. Und als wenn das alles noch nicht reicht, um klarzustellen, daß BAYER nicht gewillt ist, diese Abgaben zu zahlen, setzt Strenger noch ein letztes drauf. Er will prüfen, ob die Produktion im Ausland nicht günstiger kommt. Für einen multinationalen Konzern ist es schon eine merkwürdige Drohung, denn schließlich produziert BAYER schon in erheblichem Umfang im »Ausland«.

Und da ist zum Beispiel die Produktion von H-Säure für den Hersteller in Indien billiger als für BAYER in Brunsbüttel. Wen wundert es da nicht, daß BAYER nicht schon von einem indischen Chemie-Riesen geschluckt wurde?

Strengers Argumente sind aus dessen Sicht für den Umweltminister ZWINGEND. Deshalb gehört zu einem rechtsstaatlichen Einwand auch eine Kompromißformel. Die hat Strenger schon parat:

- Schaffung einer überall anerkannten unabhängigen Forschungsinstitution, die allgemein zu akzeptierende Ziele und Grundwerte erarbeiten soll. Strenger werden die Ergebnisse sicherlich schon irgendwie vorschweben.

- Im Ausland sollen die gleichen Umweltbestimmungen gelten wie hier. Sonst hier erst recht nicht!

- Alles ist längst nicht so schlimm, man kann BAYER vertrauen.

Denn wie sagte zum Beispiel der Leverkusener Oberbürgermeister am Tage der Einweihung von Baykomm: »Die Giftküche, deren Emissionen im rheinischen Nebel den Damen die Nylonstrümpfe von den Beinen ätzte, ist lange passé.« ● sj

Bücher für die Leserinnen und die Leser des »Stichworts« aus dem Schmetterling Verlag

ANZEIGE



**Kritische Aktionäre der Deutschen Bank (Hg.):
Macht ohne Kontrolle**
Berichte über die Geschäfte der Deutschen Bank

Bericht über eine der wesentlichen Schaltstellen des bundesdeutschen Kapitals. Ein Handbuch, das die Kontinuität vom Bau der Bagdad-Bahn bis zu den heutigen Plänen für die Sonderzone "K" nachzeichnet und beschreibt, wie Kapitalismus in dieser unserer Zeit gemanagt wird.

Mit Tabellen, Grafiken, Fotos und Register
184 Seiten, 22,80 DM, 1990,
ISBN 3-926369-40-x

Countdown für den Dschungel
ÖKOLOGIE UND ÖKONOMIE
DES TROPISCHEN REGENWALDES
Sommer, Settele, Michelsen, u.a.



Sommer, Settele, Michelsen u.a.:
Countdown für den Dschungel —
Ökologie und Ökonomie des tropischen Regenwaldes

Anspruchsvolle, differenzierte Einführung, die Lehrmeinungen kritisch aufarbeitet.
»... fundiertes Buch aus der engagierten grün-alternativen Szene«

Bücher zu Lateinamerika (3), 1990/91
»... Handbuch, das wohl als derzeit beste Einführung... gelten kann.«
Dr. Rainer Hühle in Hispanorama
296 S., 24,80 DM, 1990, mit Grafiken und Tabellen, ISBN 3-926369-21-3

Johanna Mieth / Christiane Barckhausen
Im Tal der singenden Hügel
Erzählungen über Chile und Latein



Johanna Mieth / Christiane Barckhausen:
Im Tal der singenden Hügel
Eine Frau mit der Kamera auf den Spuren der amerikanischen Arbeiterklasse.

Ihr Name: Hansel Mieth. Ein Name, der unwiderrücklich für die große fotografische Sozialreportage zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren steht. »Im Tal der singenden Hügel« ist ihre Bilanz: Kindheit in Deutschland, die Wanderjahre in Europa zwischen den Kriegen, unter Hobos und Zitronenpflückern in Kalifornien, die Jahre beim LIFE-Magazin, in den Mühlen der McCarthy-Inquisition, ihre Freundschaft mit Bob Capa und ihr Leben mit Otto Hägel.

208 Seiten, 28 DM, 1991, mit zahlreichen Fotos,
ISBN 3-926369-13-2



Rayen Kvyeh:
Mond der ersten Knospen

Dies ist die Geschichte der Mapuce-Indianer. Eine 500-jährige Geschichte von Kolonialismus, Widerstand und Kampf um kulturelle Authentizität.

Sie wird von den Mapuces selbst erzählt, durch die Gedichte der Mapuce-Indianerin Rayen Kvyeh (zweisprachig Mapudungun/Deutsch), einen Essay sowie mit Bildern der peruanischen Malerin Carmen Luna.

Geschtenkband, geb., Werkdruck-Papier, mit farbigen Illustrationen.
108 Seiten, 29,80 DM, 1991,
ISBN 3-926369-66-3

AUFSTANDSBEKÄMPFUNG
IN GUATEMALA



Guatemaltekische Kirche im Exil, medico internacional und Informationsfelle Guatemala (HG.):
AUFSTANDSBEKÄMPFUNG IN GUATEMALA —
Demokratisierung als Waffe des Militärs

Detaillierte und aktuelle Analyse, die anhand von authentischen Zeugnissen der Betroffenen, Militärdokumenten und umfangreichem Kartenmaterial die »Demokratisierung und Entwicklung« in Guatemala als Instrumente einer umfassenden Aufstandsbekämpfung entlarvt.
Das Buch bilanziert die Militärpolitik der verbrannten Erde und des kontrollierten Wiederaufbaus; die u.a. von der Bundesregierung, der EG und fundamentalistischen Sekten unterstützt wird.

Großformat, zahlreiche Abbildungen, Diagramme und (Lage-)Karten
156 Seiten, 26 DM, August 1991, ISBN 3-926369-64-7

Heike Michelsen, Astrid Engel:
EG-Entwicklungspolitik —
Moderne Formen des Kolonialismus?

Die verständliche Einführung beschreibt die EG-Entwicklungspolitik, analysiert die Auswirkungen der EG-Politik auf die »Dritte Welt« und zeigt Tendenzen und Perspektiven auf. Aus dem Inhalt: Die Lomé-Verträge; GATT und EG-Binnenmarkt, Nahrungsmittelhilfe; die »Operation Flood«, ein Spiel um den Zucker und Überlegungen, wie es auch anders gehen könnte...

»Auf dem deutschen Buchmarkt gibt es zum Thema derzeit keine vergleichbare Alternative.«
BÜKO-Agrar-Koordination, Info 6/91

128 S., 14,80 DM, 1991, herausgegeben vom AK Entwicklungspolitik im BdkJ/Stuttgart, ISBN 3-926369-91-4

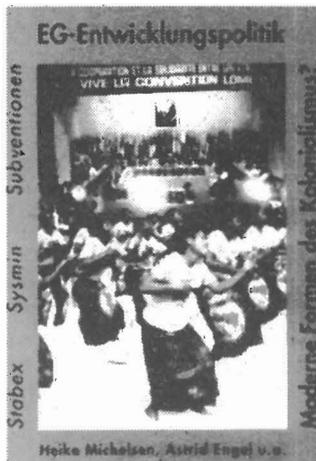
Frauen aus aller Herren Länder



Frauen aus aller Herren Länder (HG.):
Frauen aus aller Herren Länder
Ein Lese- und Bilderbuch

»Das Engagement der Herausgeberinnen, ihre offen gezeigte Betroffenheit und ihr Parteilergreifen machen das Buch sehr dicht, direkt, sehr überzeugend.«
Doris German in »Veherent« 5/91

Geschtenkband mit 98 teils farbigen Abbildungen auf Kunstdruckpapier, 128 S., Großformat, 34,80 DM, 1990, ISBN 3-926369-12-4



Schmetterling Verlag

Waiblinger Str. 20A, 7000 Stuttgart 50, Tel.: 0711/562022

STICHWORT... 5/6-91

Produktionsverlagerung nach Mexiko

Neue Koalition der Kritiker (ICCR) greift US-Multis an

Seit einigen Jahren ist in den USA zu beobachten, daß multinationale Konzerne wie der Chemieriese Dupont, General Motors, Ford, Chrysler, General Electric und ITT ihre Produktionsstätten vorzugsweise nach Mexiko, in die Region Maquiladora entlang der US-Staatsgrenze verlagern.

Die Absicht ist offenkundig: Die vergleichsweise hohen sozialen und Umweltschutz-Standards in den USA – aber auch die der mexikanischen Regierung – sollen in dieser selbsternannten »Industrial Free Zone« unterlaufen werden. Keinerlei Tarifvereinbarungen oder Gesetze, die das Recht auf freie Unternehmenstätigkeit einschränken, sollen Geltung haben. Bis Anfang 1991 hatten sich mehr als 2000 Betriebe in der Zone angesiedelt, von denen sich 90 Prozent im Besitz von multinationalen Konzernen befanden. Produziert werden in Maquiladora Chemikalien, elektronische Bauteile, Vor- und Zwischenprodukte der Automobilindustrie, Maschinen sowie Möbel und Textilien... zum größten Teil für den US-Binnenmarkt.

Der massiven Industrialisierung folgte eine Migrationswelle von Arbeitskräften aus dem Süden Mexikos an die Nordgrenze. Die Städte wuchsen explosionsartig an. Der mexikanische Staat und auch die Kommunen selbst waren und sind mit dem Ausbau der Infrastruktur überfordert. Die Folgen sind das tägliche Verkehrschaos, zunehmende Umweltschäden in der Region und im angrenzenden Bundesstaat Texas, Mängel in der Energie- und Wasserversorgung, eine unzureichende Gesundheitsversorgung sowie ein drückendes Wohnungsproblem.

Im Februar dieses Jahres startete eine grenzübergreifende Koalition von über 60 Umweltschutz- und Gewerkschaftsverbänden, ethnischen und Frauenorganisationen eine landesweite Pressekampagne, um diesen Praktiken entgegenzutreten. Es wurde ein Verein mit Sitz in New York gegründet, dem als offizielle Mitglieder so unterschiedliche Gruppen angehören wie der mächtige Industriergewerkschafts-Dachverband AFL-CIO, die internationale Union der Automobilarbeiter, die Gewerkschaft Transport und Kommunikation, die »Freunde der Erde«, die National Toxics Campaign, das internationale Pestizid-Aktions-Netzwerk, die texanische Konferenz der Kirchen oder das ökumenische Konzil von Arizona. Sie fordern verantwortliche Geschäftspraktiken von den in der Zone produzierenden Konzernen.

In einem detaillierten Forderungskatalog, den »Maquiladora Standards of Conduct« (Verhaltenskodex), verlangt die Koalition der Konzernkritiker

- die Unterordnung der Produktionstätigkeit unter die US- wie auch die mexikanische Umweltgesetzgebung. So sollen beispielsweise Behandlung und Entsorgung von toxischen Produktionsabfällen nach Standards betrieben werden, die von der US-Umweltbehörde EPA und der mexikanischen SEDUE festgesetzt wurden;
- die Kontrolle und Durchsetzung fundamentaler Arbeitnehmerrechte wie gerechte Entlohnung, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, zumutbare Arbeitszeiterregelungen;
- die Verwirklichung menschenwürdiger Lebens- und vor allem Wohnbedingungen für die Beschäftigten;
- die Unterstützung des örtlichen Ausbaus der Infrastruktur sowie

- einen aktiven Beitrag zur regionalen Wirtschaftsentwicklung, zum Beispiel durch Ansiedlung von Zulieferindustrie und damit die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen.

Schon im Herbst 1990 hatten kirchliche Institutionen kritische Aktionsgruppen (wie es in den USA seit langem Tradition ist) dazu veranlaßt, auf den Aktionsversammlungen von 12 multinationalen Konzernen Gegenanträge zu stellen, in denen Aufklärung über die Aktivitäten in Maqui-

Dr. med. Mabuse

Zeitschrift im Gesundheitswesen

- Das kritische Magazin für alle Gesundheitsbeauf.
- Berichte und Hintergrundartikel zu: Gesundheitspolitik & Alternativmedizin & Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen & Krankpflege & Frauen und Gesundheit & Medizin in der 3. Welt & Psychiatrie & Pharmapolitik & vieles andere mehr.



- bringt aktuelle Nachrichten, Persönliches u. Informatives über Erfahrungen, Bücher, Initiativen. Außerdem: umfangreicher Kleinanzeigen- u. Stellenmarkt.

Kostenloses Probeheft und Gesamtverzeichnis unserer Bücher anfordern!

Dr. med. Mabuse
Postfach 110542
6000 Frankfurt 1
☎ 069/7381724



THE CORPORATE EXAMINER

A PUBLICATION EXAMINING POLICIES AND PRACTICES OF MAJOR U.S. CORPORATIONS ON:
APARTHEID STAR WARS NUCLEAR WEAPONS MINORITIES WOMEN
ALTERNATIVE INVESTMENTS ENERGY ENVIRONMENT INTERNATIONAL MARKETING

VOL 20, NO 1, 1991

ISSN 0361-2309

ENVIRONMENTAL, RELIGIOUS AND LABOR ORGANIZATIONS PROMOTE CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY IN THE MAQUILADORA INDUSTRY

In February 1991 a binational coalition of over sixty environmental, religious, community, labor, women's and Latino organizations launched a campaign to press U.S. transnational corporations to adopt socially responsible business practices in the maquiladora industry, foreign-owned factories operating in Mexico along the U.S. border.

"We want to send a message into corporate boardrooms," explained Sister Susan Mika, president of the Benedictine Sisters, chairperson of the board of ICCR and president of the Coalition for Justice in the Maquiladoras. "Moral behavior knows no borders. What is wrong in the United States, is wrong in Mexico, too."

STAGGERING PROBLEMS ALONG THE BORDER

More than 2,000 maquila factories, 90 percent of which are owned by U.S. multinational corporations, produce electronic goods, auto parts, chemicals, furniture, machinery and clothing. "The problems of the industry are staggering," according to Sr. Mika. "Environmental contamination, unsafe working conditions and the exploitation of workers are widely documented."

The Coalition for Justice in the Maquiladoras also charges that multinational corporate owners of maquiladora factories have done virtually nothing to improve the squalid living conditions of their workers, who are recruited from the massive migration of workers from rural areas. The corporations have also ignored deteriorating infrastructure in border towns from Brownsville/Matamoros to Tijuana/San Diego. Sister Mika charged that "in many areas, the plants have electricity, water, sewage disposal and green grass. A short distance away, plant workers have, at best, limited access to these necessities."

"We find a range of corporate behavior in the maquiladoras," explained ICCR Executive Director Timothy Smith, "from the irresponsible polluter and exploiter of labor to companies, which are working to live up to standards of fairness. Though many company and plant officials proudly point to their high standards for wages, health and safety and environment, until now most companies seem to be involved in a race to the bottom."

MORAL BEHAVIOR KNOWS NO BORDERS

The Coalition is proposing corporations adopt the Maquiladora Standards of Conduct (see pages 3-6), which require companies operating maquiladoras to comply with Mexican and U.S. environmental regulations;

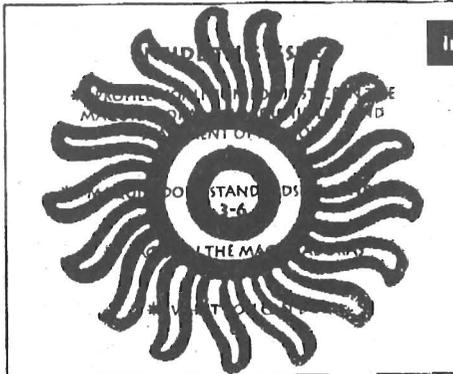
observe fundamental worker's rights, including fair wages, a safe and healthy workplace, reasonable hours of work and decent living conditions; and support community infrastructure needs, including a commitment to community economic development.

TWO THOUSAND MILE LONG LOVE CANAL

The Coalition also released preliminary results of ongoing research by the National Toxics Campaign. National Toxics Campaign Fund Executive Director John O'Connor explained: "A clear and consistent pattern is emerging of widespread and serious contamination by U.S. owned firms. They are turning the border into a two thousand mile long Love Canal."

INTO CORPORATE BOARDROOMS

In late 1990 religious investors sponsored shareholder resolutions asking twelve U.S. corporations to report on their facilities and plants in Mexico and the U.S. The resolutions request that the companies describe in detail their "environmental practices, health and safety standards and workers' standard of living." Ten companies agreed to make the report or allow inspection of facilities by coalition members and the resolutions were withdrawn. The Coalition has also urged the Standards of Conduct be incorporated in trade negotiations between the U.S. and Mexican governments.



Informationsschrift von ICCR

ladora, über Konzerneinrichtungen und Produktionsanlagen in der Industriezone verlangt wurde. Von den Konzernvorständen wurden detaillierte Berichte über Umweltwirkungen der Ansiedlungen, über Arbeitsbedingungen und Gesundheitsschutz sowie die soziale Lage der Beschäftigten gefordert. Zehn der zwölf Konzerne erklärten sich bereit, Auskunft zu geben. Die kritischen Aktionäre zogen daraufhin ihre Gegenanträge und Mißtrauensvoten zurück. Nur teilweise wurden ihnen bis heute befrie-

digende Antworten gegeben. Dies hielt sie allerdings nicht davon ab, ihre Nachfrage auf alle in Maquiladora beteiligten Konzerne auszudehnen. Auf die Reaktionen darf man gespannt sein!
Bemerkenswert an diesem Kritiker-Zusammenschluß auf der anderen Seite des »großen Teichs« ist nicht nur seine Zusammensetzung – unter dem Motto »Kontrolliert Eure Konzerne« fanden sich schließlich unterschiedlichste Interessengruppen jenseits sozialer, politischer, ethnischer

und geschlechtlicher Barrieren zusammen. Bemerkenswert ist auch, daß Öffentlichkeits- und Medienarbeit im Einklang stehen mit den Aktionen der in den USA oft sehr einflußreichen Kritischen Aktionärsgruppen – sozusagen als parlamentarischer Arm der Konzernkritik. Angesichts des kommenden (drohenden) Europäischen Binnenmarktes, auf den sich der BAYER-Konzern generalstabsmäßig vorbereitet, also ein nachahmenswertes Beispiel effektiver Kritik. ● uf

Responsible Care®: Die Fürsorge der chemischen Industrie

Es ist da, und es ist neu: Eine kleine Sensation mit Namen »Responsible Care®«. Es war gewiß ein beschwerlicher Weg zur Markteinführung, doch seine Väter hoffen, daß sich das Produkt bewährt!

Woher kommt der fürsorgliche Touch aus der Feder hartgesottener Manager?

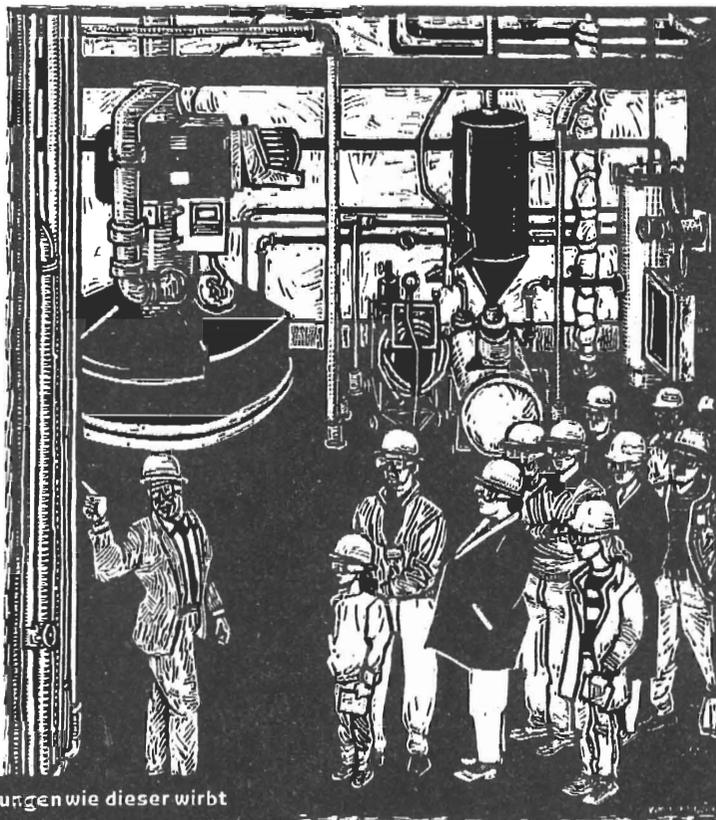
Er sproß aus der Erkenntnis, daß die Chemische Industrie von der Mehrheit der Menschen immer noch als eine Hauptbedrohung für Umwelt und Gesundheit eingeschätzt wird. Umfrage für Umfrage bestätigt diesen **Tatbestand... und Katastrophen wie Bhopal zwingen offensichtlich einige zum Umdenken. Daß die Branche jedoch anfangs daraus den Schluß zog, die eigene Philosophie besser zu vermarkten, den Segen der Chemie für Welternährung und Volksgesundheit noch entschiedener zu propagieren, wird heute als Fehler eingestanden; zumindest von den »aufgeklärten Kapitalisten«.** Die Stellung zum schlechten Ruf und zur anstehenden Vertrauensbildung führt zu Differenzierungen in der Zukunft: In der Chemie **hat BAYER den Ruf des progressiven Wellenreiters** – etwa im Gegensatz zum Management der BASF. Im industriennahen Verbandswesen führte diese Entwicklung zu Zusammenschlüssen umweltorientierter Unternehmer wie dem Bundesdeutschen Arbeitskreis für umweltbewußtes Management (BAUM e.V.) oder dem »future« Förderkreis Umwelt e.V..

Doch »Responsible Care®« – unsere Marktneuheit – ist mehr als nur ein PR-Instrument verantwortlich denkender Mittelständler. Es scheint der ernsthafteste – und von Kritikern ernstzunehmende

Mit Zeichnungen wie dieser wirbt CARE für seine Absicht, Beschäftigte und Öffentlichkeit wahrheitsgemäß aufzuklären

mende – Versuch der Chemical Manufacturers Association (CMA) in den USA zu sein, Vertrauen durch Kompetenz und Verantwortung wiederzugewinnen; ein Anspruch, den BAYER bis heute nicht einlösen konnte.

»Responsible Care®«, das eingetragene Warenzeichen der US-Chemie, versteht sich als »kontinuierlicher Prozeß und als Ruf nach Taten«. Eugene McBryer, der Präsident des Exxon-Konzerns und derzeitige Vorsitzende der CMA: »Responsible Care® ist für uns die Plattform, um reale, nachhaltige und substantielle Verbesserungen zu erreichen.« Es kann Modell sein, nach innen – in die Unternehmen hinein – zu wirken. Zugleich hat eine solche »Vorfeldorganisation« die Aufgabe, wie ein Sensor die öffentliche Meinung aufzunehmen, Kritik aufzuarbeiten und in neue Verbandsstrategien umzusetzen. Schließlich wird Responsible Care® von der US-Chemie zum Forum und zum Treuhänder von Verhandlungen mit Chemiekritikern und Bürgerinitiativen vor Ort gemacht werden. Ob dieses Instrument auch an- und ernstgenommen werden wird, bleibt abzuwarten.



Die Ziele dieser Einrichtung klingen zunächst nicht negativ:

- Optimierung chemischer (Produktions-)Prozessketten;
- technisch verbesserte Produktionsabläufe;
- Reduktion aller Arten von Abstoffen/Abfällen, Verringerung der Unfallgefahren, der Emissionen;
- sichere Betriebsabläufe, zuverlässige und nachvollziehbare Entscheidungsabläufe;
- berechenbarer Dialog;
- verstärkte Einbeziehung öffentlicher Prüfinstanzen, erhöhte Transparenz.

»Die Öffentlichkeit hat ein legitimes Interesse an (Informationen über) unsere(n) Produktion und Produkte. Ein Interesse, auf das wir uns gerade erst einzustellen beginnen. Wir müssen erkennen, daß die Öffentlichkeit Umweltverschmutzung nicht akzeptiert, weder schädigende Produktionen noch schädliche Produkte. Responsible Care® soll ein Schritt der chemischen Industrie in die richtige Richtung sein... in Richtung Veränderung.« Nicholas L. Reding, Vizepräsident von Monsanto.

Doch allein; mir fehlt der Glaube!

● uf

Dioxin zur Gesundheitsförderung?

Die Öffentlichkeit wird stetig mit Aussagen über die Risiken von Schadstoffen konfrontiert, die sich widersprechen und so eher zur Verwirrung denn zur Aufklärung beitragen. Ein Beispiel dafür ist die Diskussion um die Gefährlichkeit von Dioxin.

BAYER verharmlost Dioxin-Gefahren

Auf einem Presseforum der BAYER AG zum Thema Umwelt propagierten BAYER-Vertreter im September die Verbrennung von Kunststoff-Abfällen. Kunststoff ließe sich nicht hundertprozentig recyceln, sollte aber auch nicht deponiert werden, „weil dies eine volkswirtschaftlich unvermeidbare Verschwendung von Deponieraum und Energieinhalt wäre“, meinte BAYER-Vorstandsmitglied Helmut Piechota.

Professor Karl-Heinz Büchel, Forschungsleiter bei BAYER, erklärte den Pressevertretern, die Verbrennungstechnologie sei inzwischen so weit fortgeschritten, daß die Dioxine in den Abgasen der „Müll-Reaktoren“ kein Problem darstellten. Schon heute seien die Emissionen mit ein Nanogramm pro Kubikmeter praktisch dioxinfrei. Um die Harmlosigkeit endgültig zu demonstrieren, „scherzte“ Prof. Büchel, „gewisse“ Dioxingehalte könnten sogar „gesundheitsfördernd“ sein - da sie zur Verhinderung von Krebserkrankungen beitragen.

US-Studie deckt Skandal auf

Prof. Büchels frohem Optimismus stehen Aussagen des Kieler Toxikologen Professor Otmar Wassermann entgegen. Der erklärte kürzlich, nach neuesten US-Untersuchungen seien Dioxine weitaus gefährlicher, als bislang angenommen. Er forderte darum, „die verhängnisvolle Chlorchemie ebenso wie die riskante Müllverbrennung“ schnellstens aufzugeben. Die in der Bundesrepublik geltenden Grenzwerte müßten drastisch gesenkt werden. Jüngste US-Kongresse hätten bestätigt, daß das Immunsystem des Menschen bereits bei niedrigen Konzentrationen beeinträchtigt werde. Zudem seien mehr Bereiche des Hormonsystems betroffen, als bislang angenommen. Bei weiblichen Tieren sei eine wesentlich höhere Dioxin-Giftigkeit gefunden worden, was Anlaß zu größter Sorge beim Menschen gebe. Im internationalen Vergleich sei Deutschland eines der am stärksten verseuchten Länder der Erde.

Prof. Wassermann erhob den schwerwiegenden Vorwurf, die bisherigen Studien seien teilweise durch Fälschung wissenschaftlicher Ergebnisse und „eklatante Bestechungsfälle“ verharmlost worden. Die Wissenschaftlerin Cate Jenkins von der US-amerikanischen Umweltbehörde EPA habe eine umfassende Dokumentation vorgelegt. Erstmals seien Fälschungen wissenschaftlicher - oder als solcher getarnter - Veröffentlichungen der Firmen Monsanto und BASF offengelegt worden. Enthüllt worden sei auch, wie eine ganze wissenschaftliche Tagung, das **Bunbury Meeting** von 1990, durch Firmen der Chlorchemie manipuliert worden sei. Die Ergebnisse der Tagung seien weiter gefälscht und auch in deutschen Fachzeitschriften verbreitet worden. Schließlich, so Wassermann, habe es Bestechungsfälle gegeben, in denen

die chemische Industrie der USA „vor Gericht die Dioxin-Gefahr verharmlosende Zeugenaussagen durch ‚Wissenschaftler‘ mit Beträgen zwischen 26000 und 42000 Dollar erkaufte“.

Wieviel Dioxin in deutschem Boden?

Die Umweltminister aus Bund und Ländern befassen sich zur Zeit mit der Frage, wieviel Dioxin Böden enthalten dürfen. Eine gemeinsame Bundesländer-Expertengruppe erarbeitete Vorschläge von Grenzwerten, die von Kritikern wie dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz als Verschlechterung gegenüber bestehenden Werten eingeschätzt werden.

So soll ein Wert von fünf Nanogramm im Boden als unbedenklich gelten. Bei Belastungen von fünf bis 40 Nanogramm werden erste Beschränkungen empfohlen: Kühe sollen zum Beispiel nicht mehr dort weiden. Bisher gab es bei diesem Wert eine automatische Nutzungsbegrenzung. Die Arbeitsgruppe empfiehlt nun, in solchen Fällen erstmal zu prüfen, ob das Gift in die Wurzeln der Pflanzen übergeht. Nicht die Bodenbelastung gehe in erster Linie in die Pflanzen über, sondern die Belastung aus der Luft. Bei mehr als 40 Nanogramm Dioxin pro Kilogramm Erde darf der Boden für landwirtschaftliche und gärtnerische Zwecke nur noch begrenzt genutzt werden. Als Ziel wird eine Bodenbelastung von höchstens neun Nanogramm Dioxin pro Kubikmeter Erde angestrebt. Langfristig soll die vom Menschen hauptsächlich über die Nahrung täglich aufgenommene Menge an Dioxin auf die Hälfte gesenkt werden. ● rs

Repressionen bei BAYER INDUSTRIAL halten an

Angestellte organisieren sich

Der Konflikt um die Personalreduktion bei BAYER INDUSTRIAL in Lima, Peru, hält weiter an. Nachdem die Unternehmensleitung durch ein von der Betriebsgewerkschaft erwirktes Gerichtsurteil mit der geplanten Entlassung von 66 ArbeiterInnen gescheitert ist (STICHWORT BAYER berichtete), setzt sie nun ihre Kampagne zur »freiwilligen Kündigung« fort.

Derzeit werden noch 13 der ursprünglich 66 Betroffenen von BAYER ausgesperrt. Einige der übrigen 53 ArbeiterInnen beschäftigt die Firma »vorläufig« weiter, während alle anderen in die Kündigung eingewilligt haben. Parallel dazu versucht das Unternehmen weiterhin, auf juristischem Weg wenigstens 20 Prozent der im Juli angekündigten Personalreduktion durchzusetzen.

Noch im Werk beschäftigte ArbeiterInnen berichten unterdessen über eine erhöhte Arbeitsbelastung, da ihnen die Aufgaben der ausgesperrten oder gekündigten KollegInnen zusätzlich zugewiesen würden. Arbeitsmangel scheint somit als Grund der Massenentlassungen ausgeschlossen.

Der demonstrativen Weigerung einzelner Beschäftigter, die Tätigkeiten der ehemaligen KollegInnen mit zu übernehmen, begehen die Vorgesetzten den Berichten zufolge mit Aggressionen und Einschüchterungen.

Gewerkschaftsführer abgemahnt

Auch der Druck auf aktive Gewerkschafter hält an. Den Generalsekretär der Betriebsgewerkschaft, Julian Giraldo, beschuldigte die Unternehmensleitung, in Flugblättern und Ausschüßungen »unwahre Situationen und böswillige Anschuldigungen« zu verbreiten, »um dem Unternehmen (...)

Schaden zuzufügen«. Für den Fall der Wiederholung dieser »Verfehlungen« drohte sie dem Gewerkschafter im Oktober schriftlich »die für diese Fälle vorgesehenen Sanktionen« an.

Hintergrund der Anschuldigungen sind Veröffentlichungen des Exekutivkomitees der Gewerkschaft, in denen über Mißstände bei BAYER INDUSTRIAL berichtet und die Belegschaft zum Widerstand aufgefordert wurde. In ihrem Mitteilungsblatt *La Protesta* wehrte sich die Gewerkschaft gegen die Angriffe der Firmenleitung und berief sich auf das von der peruanischen Verfassung garantierte Recht der freien Meinungsäußerung. In Bezugnahme auf die inkriminierten Publikationen stellte das Exekutivkomitee fest: »Niemand wird verleumdet oder diffamiert – es werden ganz einfach Tatsachen bekannt gemacht.«

Auch die Angestellten organisieren sich

Ungewöhnlich für die peruanische Wirtschaft: Seit kurzem setzen sich auch die Angestellten der BAYER INDUSTRIAL gegen ungerechte Behandlung durch den Arbeitgeber zur Wehr und solidarisieren sich mit den ArbeiterInnen des Unternehmens. In einer Erklärung klagen sie die Unternehmensleitung wegen »Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten«, wegen »ständiger Aggressionen gegen unsere Kollegen«, wegen »miserabler Löhne« und wegen einer Reihe weiterer Versäumnisse an. Ihre Kritik entzündet sich dabei vor allem an einigen konkret benannten Personen:

»Ebenso weisen wir Angestellte (...) das unverantwortliche, einschüchternde, mißbrauchende und provokative Verhalten von unfähigen Funktionären, wie dem Leiter der Abteilung Industriebeziehungen, Felix Seminario, dem Superintendenten des

Werks, Tito Flores, und dem Geschäftsführer der Verwaltung, Eschweiler, zurück, die seit 1990 gegen die Arbeiter und Angestellten handeln. Sie begehen Unrecht und berauben sie ihrer Rechte.«

Den deutschen Geschäftsführer Walter Eschweiler, gegen den im Mai wegen des Verdachts auf Finanzmanipulationen Haftbefehl erlassen worden war (vgl. STICHWORT BAYER 3/91, Seite 15), hatte in der Vergangenheit auch die Gewerkschaft der Arbeiter von BAYER INDUSTRIAL mehrfach namentlich für zahlreiche Mißstände verantwortlich gemacht. ●

Henry Mathews

Die peruanischen Tageszeitungen EL POPULAR und EL NACIONAL berichteten Ende Oktober ausführlich über die Ungerechtigkeiten bei BAYER INDUSTRIAL und über den Widerstand der Belegschaft.



Director Gerente Administrativo acusado por los trabajadores.

Trabajadores de la Bayer se van a la huelga por abusos

Dirigentes sindicales denuncian una serie de presiones psicológicas

Una huelga general indefinida llevará a cabo en breve el sindicato de trabajadores de Bayer, como medida de protesta contra una serie de abusos e injusticias, como despidos masivos y presiones psicológicas a fin que sus afiliados renuncien "voluntariamente".

Así lo anunció ayer el secretario general de esta organización gremial, Julián Giraldo Rodríguez.

Agregó que la empresa viola el derecho al trabajo y la estabilidad laboral, aparte que somete a los trabajadores a una serie de vejámenes.

Giraldo informó que por ello han presentado una acción preculatoria ante el 24 juzgado civil que despacha la doctora Luz Elena Jáuregui; quien ha declarado el expediente fundado en todas sus partes.

Sin embargo, ha sido apelado ante la segunda sala de la Corte Suprema, donde hasta la fecha se encuentra "durmiendo", dijo el dirigente.

En tal sentido, Giraldo y los dirigentes Néstor Chiza, Antonio Ramírez y Hermogenes Moore, han formulado una invocación al Ministerio de Trabajo y al Poder Judicial a fin que resuelvan esta situación en la brevedad. Añadió que las autoridades de Trabajo tienen en su poder los documentos sustentatorios de los abusos que está cometiendo la Bayer, así como el estado técnico financiero de la Conasev.

el popular

7

Lima, jueves 24 de octubre de 1991

Arpelen por carta franchute

DE CABEZA R TORRES

encargo de su Cámara. Con apoyo de las diferentes bancadas senatoriales, se acordó oficiar a Diputados

para que invite al canciller Torres y Torres Lara para que explique la demora y, eventualmente, plantee su

censura por lo que se llegó a denominar «incapacidad manifiesta» para ocupar tan importante cargo.

TRABAJADORES DE BAYER DENUNCIAN ATROPELLOS

Un llamado a las comisiones de Trabajo y Promoción Social de las cámaras de Diputados y Senadores hicieron ayertos dirigentes del Sindicato de Bayer, para que intervengan contra los diversos abusos que viene cometiendo los empresarios y autoridades del sector de Trabajo.

El secretario general del sindicato, Julián Giraldo Rodríguez, manifestó que la Subdirección de Trabajo del Callao, que despacha el Dr. Pedro Vásquez, devolvió el expediente que contempla sus denuncias contra Bayer a Conasev para que «determine si procede o no la reducción del personal».

«Esto es ilógico, ilegal e

inconstitucional. Conasev no tiene nada que resolver, la autoridad de Trabajo tiene que dictaminar y nada más. Esto es otro de los estrampamientos que ha puesto en práctica la empresa, por eso solicitamos a las comisiones de Trabajo de ambas cámaras que se pronuncien», dijo el dirigente sindical.

Explicó que la autoridad de Trabajo tiene en su poder los «abusos» que se vienen cometiendo en dicha empresa. Los dirigentes culparon directamente al gerente general Walter Eschweiler de todos los abusos que se cometen en contra del trabajador.

Los denunciante señalaron que al personal que labora

en los tres turnos se le ha recargado horas de trabajo, como también han solicitado la reducción del personal.

El secretario general del Sindicato de Bayer sostiene que desde esa fecha se ha realizado una reducción de más de cien personas, cantidad que excede a lo solicitado a Trabajo.

«Se está invitando notoriamente a renunciar a los trabajadores. Asimismo se está impidiendo el ingreso a 13 trabajadores sin justificación alguna. La verdad es que no entendemos, por un lado se despide y por otro se contrata... esto se llama abuso», puntualizó Julián Giraldo Rodríguez.

DRITTE WELT

STICHWORT... 9/6/91

Chemische Industrie gesteht geringe Bedeutung von Pestiziden bei der Bekämpfung des Welthungers ein

PAN-Seminar in Frankfurt

Der Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide kann auch in Zukunft nur eine geringe Rolle bei der Bekämpfung der Unterversorgung weiter Teile der Weltbevölkerung spielen. Entscheidende Bedeutung kommt vielmehr Maßnahmen zu einer gerechten Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel und zur Beseitigung ungerechter Welthandels- und Sozialstrukturen zu. Diese Einschätzung teilten während eines Seminars des von der CBG mitgegründeten Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) am letzten September-Wochenende in Frankfurt sowohl leitende Mitarbeiter bedeutender Chemiekonzerne als auch Vertreter pestizidkritischer Umwelt- und Dritte-Welt-Organisationen.

Bislang verteidigte die Chemische Industrie die Vermarktung umwelt- und gesundheitsgefährdender Pestizide in der sogenannten Dritten Welt mit dem Argument, sie seien zur Bekämpfung des Welthungers unerlässlich. VertreterInnen von PAN, der internationalen Vereinigung ökologischer Landbaubewegungen (IFO-AM), dem Katalyse Institut in Köln und dem Forum Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung hatten sich während des Seminars mit MitarbeiterInnen von BASF, BAYER, CIBA GEIGY und HOECHST auseinandergesetzt.

PAN-Vorstandssprecher Wolfgang Bödeker äußerte sich zufrieden über den Verlauf der Veranstaltung: »Einzelne Mitarbeiter der Chemischen Industrie folgen inzwischen unseren Argumenten und gestehen die geringe Bedeutung des chemischen Pflanzenschutzes ein. Jetzt muß sich zeigen, ob auch die Marketingabteilungen der Pestizidkonzerne daraus Konsequenzen ziehen und künftig auf das Hungertema als Argument ihrer Wer-

**BAYER-Pestizide,
angeboten in Lateinamerika**

bung verzichten. Von der Erfüllung unserer dahingehenden Forderung wird es abhängen, ob die Fortsetzung des begonnenen Dialogs sinnvoll erscheint.« ● hm

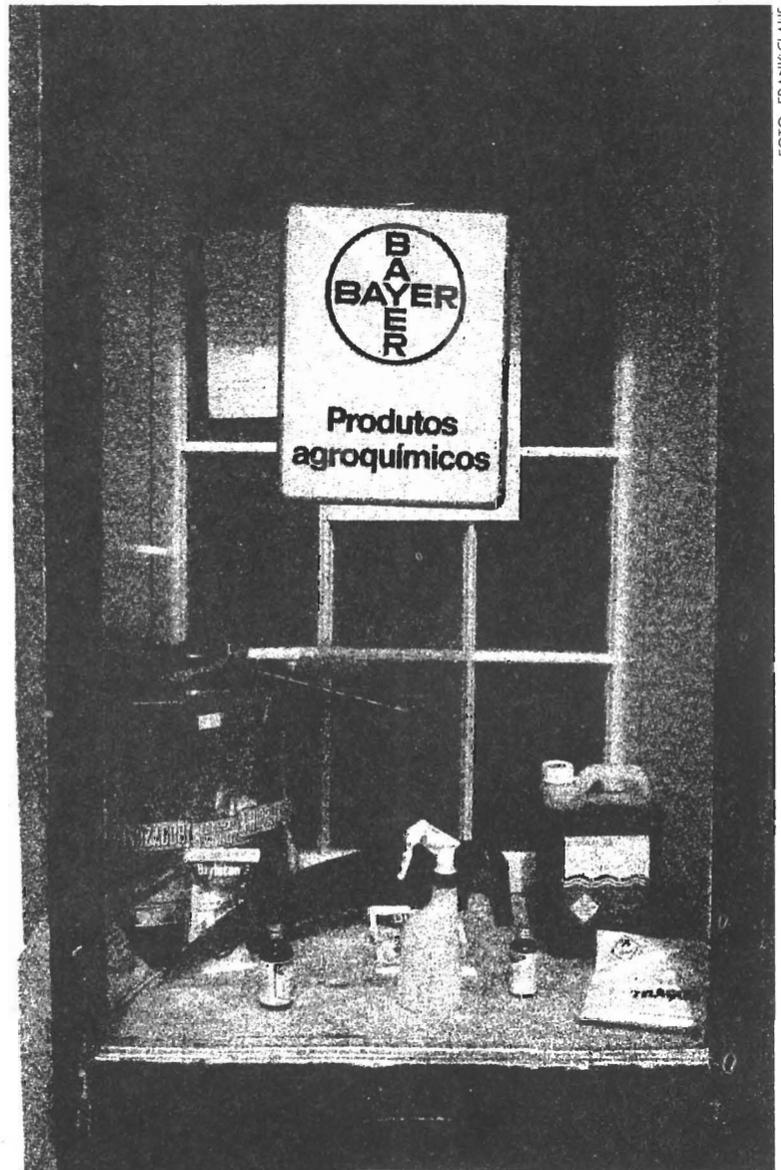


FOTO: FRANKCLAUS

Literaturhinweis:

Zum Thema Pestizide und Welthunger hat PAN bereits einen Reader herausgegeben: »Globale Ernährungssicherung und Pestizide - Besteht ein Zusammenhang?«, Hamburg, April 1991, 63 Seiten, DIN A4, Broschur, 8,- DM, zzgl. Porto. Bezug: PAN, Gaußstr. 17, 2000 Hamburg 50.

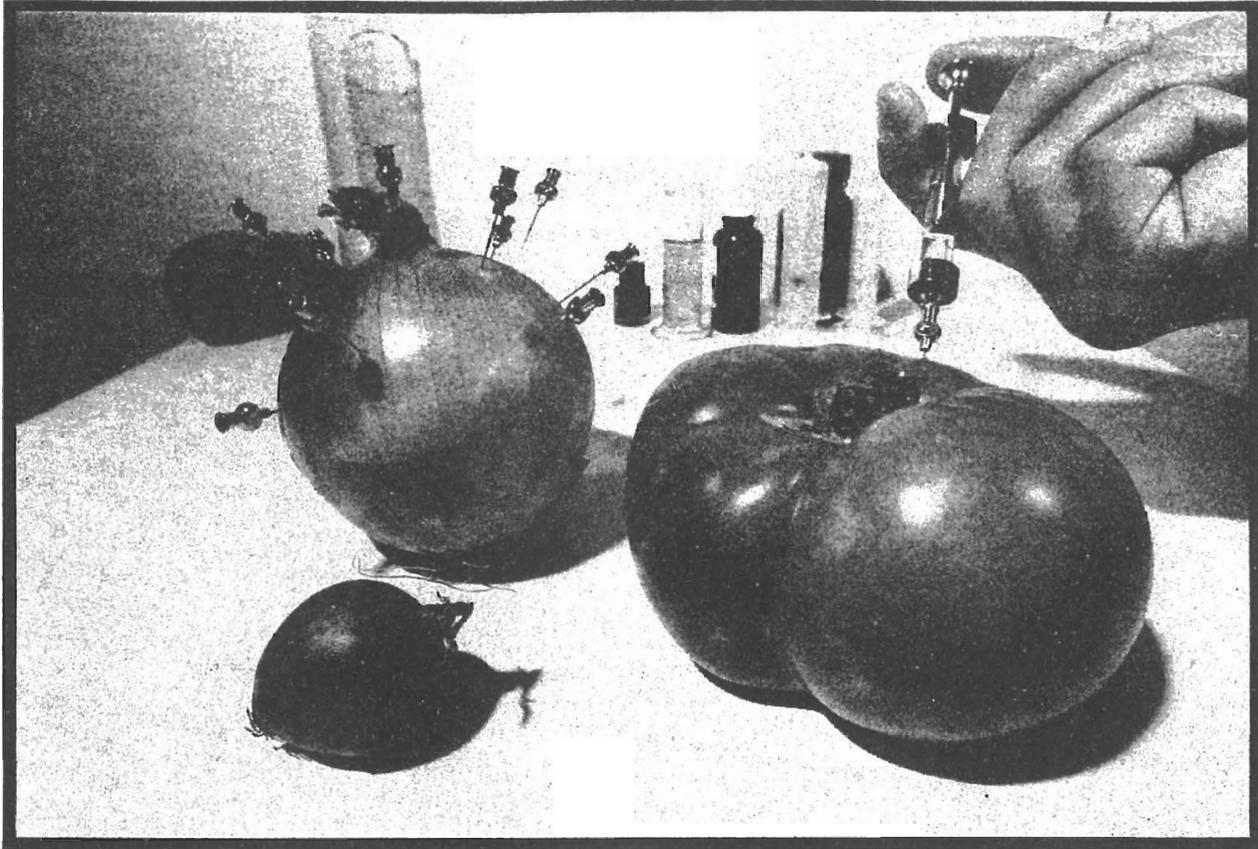


FOTO LANGROCK/ZENIT

GEN-TECHNIK

Die Gen-Technik liegt schon im Verkaufsregal

Das GEN-ETHISCHE NETZWERK hat Mitte Oktober eine Kampagne gestartet unter dem Motto: »Essen aus dem Genlabor – natürlich nicht!« Ein Jahr lang soll im Rahmen dieser Kampagne darüber aufgeklärt werden, welche Lebensmittel aus dem Gen-Labor auf den Tischen der VerbraucherInnen landen können, welche Pläne es gibt und welche Gefahren daraus entstehen können.

Nahrungsmittel aus gentechnischer Massenproduktion sollen schon bald den Alltag erobern. Durch die Hintertür, das heißt ohne Information der Öffentlichkeit, sind bereits die ersten dieser Produkte, zu deren Herstellung Lebewesen mit manipulierten Erbanlagen verwendet werden, in Japan, den Vereinigten Staaten, der Schweiz, Dänemark, England und vermutlich auch in der Bundesrepublik

auf dem Markt. Eine manipulierte Backhefe darf in Großbritannien zum Brotbacken eingesetzt werden; Brauereien in Dänemark dürfen Bier mit Hilfe gentechnisch hergestellter Enzyme brauen; beim Kauf von Schweizer oder dänischem Käse ist es möglich, daß es sich um ein Produkt der Gentechnologie handelt.

Aus den Laboratorien kommen große Verheißungen: Tomaten, die lange transport- und lagerfähig sind, ohne weich zu werden; maßgeschneiderte Mikroorganismen, mit deren Hilfe Bier, Käse, Joghurt und Brot industriegerechter und kostengünstiger hergestellt werden kann; Fische, Schweine oder Kühe mit eingebauten Wachstumsgenen oder gentechnischen Hormonen, die sie schneller wachsen und größer werden lassen, die weniger Fett ansetzen und mehr Milch geben.

Das gen-ethische Netzwerk will mit seiner Kampagne erreichen, daß öffentlich über die Risiken und Folgen dieses Einsatzes der Gentechnologie diskutiert wird. Über die Folgen für die VerbraucherInnen, die solche Nahrungsmittel essen, aber auch über die Folgen für die Landwirtschaft hierzulande und in der sog. Dritten Welt: ►



STICHWORT... 5/16-91

► Das gen-ethische Netzwerk weist im Zusammenhang mit den Gefahren für VerbraucherInnen auf den Fall L-Tryptophan hin, der im vergangenen Jahr für Schlagzeilen sorgte. Das japanische Unternehmen SHOWA DENKO hatte klammheimlich seine industrielle Produktion von L-Tryptophan, ein in vielen Nahrungsmitteln natürlich vorkommender Eiweißbaustein, auf ein gentechnisches Verfahren mit manipulierten Bakterien umgestellt. L-Tryptophan wurde in vielen

Ländern, so auch in der Bundesrepublik, als Schlafmittel vertrieben. In den USA war es als Lebensmittelzusatz in Supermärkten erhältlich. Mehr als tausend Menschen erkrankten, zum Teil schwer, und über 20 mußten sterben, nachdem sie SHOWA DENKOS L-Tryptophan eingenommen hatten. Verantwortlich dafür ist vermutlich eine Verunreinigung, die in extrem kleinen Mengen nur bei dem gentechnisch hergestellten L-Tryptophan zu finden war und die eine sehr hohe

biologische Wirksamkeit besitzt. Dabei sollte sich SHOWA DENKOS Aminosäure gegenüber den Konkurrenzprodukten gerade durch seinen sehr hohen Reinheitsgrad auszeichnen. ●

Wer mehr über die Kampagne erfahren will, kann sich wenden an: **Genethisches Netzwerk, Winterfeldstraße 3, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/2 153991.**

Proteste gegen neuen I.G.-FARBEN-Drang nach Osten

Auch der zweite Anlauf der Aktionäre der I.G.FARBEN in Abwicklung in diesem Jahr, eine Hauptversammlung in Frankfurt durchzuführen, wird von Protesten begleitet. Der erste Versuch der I.G., am 30. August in der Festhalle auf dem Frankfurter Messegelände die Hauptversammlung abzuhalten, war gescheitert, weil die Messegesellschaft nach Protesten den Mietvertrag kündigte (STICHWORT BAYER berichtete.)

Jetzt soll die Hauptversammlung am 29. November im Steigenberger-Hotel »Frankfurter Hof« stattfinden. Kritische Aktionärinnen und Aktionäre der I.G. FARBEN i.A. werden auf der Versammlung den Antrag auf endgültige Auflösung des Unternehmens gemäß Beschluß des Alliierten Kontrollrates vom 5. Juli 1945 stellen. Geplant sind außerdem Redebeiträge von Hans Frankenthal, einem ehemaligen Zwangsarbeiter der I.G. FARBEN in Auschwitz und Mitglied des Ausschwitz-Komitees, sowie von Beate Klarsfeld. Die I.G.-FARBEN-GegnerInnen planen außerdem eine Pressekonferenz im »Frankfurter Hof«, auf der Hans Frankenthal, Peter Gingold (VN-BdA [Vereinigung der Verfolg-

ten des Naziregimes, Bund der Antifaschisten], Frankfurt) und Dieter Hooge (DGB-Vorsitzender, Frankfurt) ihre Meinung zum Abhalten der Hauptversammlung darlegen werden. Vor dem Hotel wird eine Kundgebung stattfinden, die die eintreffenden Aktionärinnen und Aktionäre entsprechend begrüßt.

In einer Presseerklärung des BÜNDNISSES GEGEN I.G. FARBEN heißt es: »Das BÜNDNIS GEGEN I.G. FARBEN unterstreicht mit diesen Aktionen seine Forderung nach endgültiger Auflösung des ehemaligen reichsdeutschen Chemie-Konzerns, der Hitler maßgeblich mitfinanziert hat, das Zyklon B für den industriellen Massenmord der deutschen Faschisten lieferte und ohne den der Holocaust am jüdischen Volk nicht möglich gewesen wäre.

Wir fordern die Entschädigung der Opfer und ihrer Hinterbliebenen mit dem I.G.-FARBEN-Vermögen. Außerdem müssen aus dem Vermögen Gelder zur Verfügung gestellt werden zur Pflege und Erhaltung der Gedenkstätten von Vernichtungslagern.

Die I.G. FARBEN i.A. verströbt nicht nur seit 45 Jahren gegen den Liquidationsauftrag, sondern ist im Begriff, er-

neut in großem Stil in Richtung Ostdeutschland und -Europa zu expandieren. Auf der Tagesordnung der Hauptversammlung am 29. 11. stehen u.a. die Änderung des Firmennamens sowie des Unternehmenszwecks. Beides soll der Wiedererlangung von Grundbesitz und Industrieanlagen im Osten dienen. Alleine die Realisierung von Besitzansprüchen auf Grund und Boden würde die I.G. FARBEN mit einem Schlag zur größten Grundstückseigentümerin auf dem Boden der ehemaligen DDR werden lassen.

Angesichts der unsäglichen Verbrechen der I.G. FARBEN halten wir ihre Weiter-Existenz für einen politischen und moralischen Skandal erster Ordnung.“ ●



Der Zweite Weltkrieg wurde auch mit I.G.-FARBEN-Produkten geführt. In seiner Ausstellung werden die Reifen aus Buna gefeiert.

FOTO MELENSTEINE

I.G. FARBEN IN ABWICKLUNG

STICHWORT... 5/6-91

STANDORTE/BELEGSCHAFT

Aus für Zellglasproduktion bei Wolff Walsrode

Die BAYER-Tochter Wolff Walsrode AG wird im April 1992 die Zellglasproduktion einstellen. Das ist das Ergebnis eines Konkurrenzkampfes mit den beiden verbleibenden Herstellern Courtaulds Films (Großbritannien) und UCB (Belgien) um einen seit 1981 schrumpfenden Markt. 230 Arbeitsplätze fallen weg. Durch eine Vorruhestandsregelung und durch Versetzungen sollen nach Aussagen der Geschäftsleitung Entlassungen vermieden werden.

Eine Produktlinie weniger in Brunsbüttel

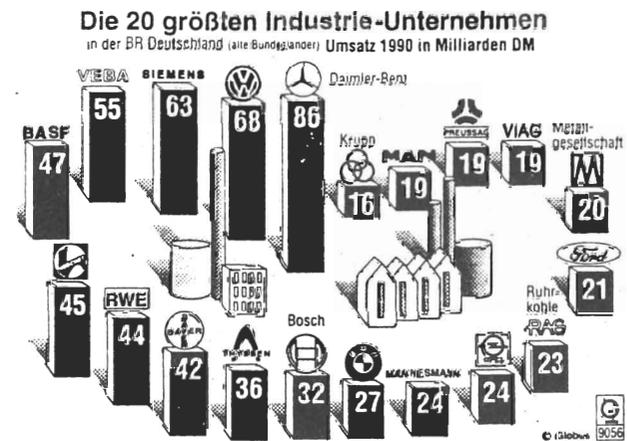
Bei BAYER in Brunsbüttel wird die Herstellung von Buchstabsäure, d.h. Peri-, Laurent- und C-Säuren, eingestellt. Den 39 Mitarbeitern werden andere Arbeitsplätze im Werk angeboten. Die Werksleitung macht die asiatische Konkurrenz, die mit niedrigen Löhnen und ohne Umweltschutzaufgaben produziert, für die Einstellung der Produktlinie verantwortlich.

Belegschaftsrückgang im Konzern

Durch Umstrukturierungen und andere Maßnahmen verringerte sich die Belegschaft im BAYER Konzern seit Jahresbeginn um 4.400 MitarbeiterInnen. Von diesem Rückgang entfallen auf die Veräußerung des Magnetband-Geschäfts und die Aufspaltung der Bunawerke Hüls GmbH 1.700 Beschäftigte. Insgesamt beschäftigte der BAYER Konzern Ende des Berichtshalbjahrs 166.600 MitarbeiterInnen, davon bei der AG 62.217.

Stop für Ausbau des Fünf-Schichtsystems?

BAYER zögert bei der weiteren Einführung des Fünf-Schichtsystems, obwohl die 540 Schichtarbeiter, die seit 1989 teilweise in einem solchen Schichtmodell arbeiten, es zu 75 Prozent positiv beurteilen. Die Anträge von 20 Betriebsbelegschaften auf Überführung in das neue System liegen vor. Das Zögern der Konzernleitung, das bisherige Vier-Schichtsystem zu verändern, dürfte seine Ursache in den erhöhten Aufwendungen für das neue Schichtsystem haben.



Anfang 1992 Baubeginn in Bitterfeld

Anfang 1992 will BAYER mit dem Bau von Anlagen in Bitterfeld beginnen. BAYER hatte zugesagt, 500 Millionen DM am Chemie-Standort Bitterfeld in der Ex-DDR zu investieren und 500 Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu erhalten. Der Leverkusener Konzern will Projekte, die ursprünglich für andere Standorte vorgesehen waren, in Bitterfeld verwirklichen.

UNTERNEHMEN

BAYER auf Platz 8 in Deutschland

In der neuesten Konzern-Hitliste belegt BAYER mit 42 Milliarden DM Jahresumsatz Platz 8 unter den deutschen Industrie-Unternehmen. Damit liegen die Leverkusener Umsatzmäßig zwischen RWE (Platz 7) und Thyssen (Platz 9). Auf Platz 1 steht mit Abstand der Daimler-Benz-Konzern.

BUCHGESPRÄCHUNG

Gentechnik ohne Politik

Bevor die Politik Handlungsbedarf feststellt, der Gentechnik den "rechten Weg" zu weisen, hat diese bereits im Alltag Fuß gefaßt - kräftig unterstützt durch öffentliche Fördermittel. Bernhard Gill untersucht in seinem gerade erschienenen Buch die Mechanismen, die diesen weißen Fleck der Politik ermöglichen.

Das Buch beschreibt den Status Quo der Genforschung in der Bundesrepublik am Beispiel eines Humangenetischen Instituts am Beispiel der Kooperation von SCHERING mit dem Berliner Genzentrum und an-

hand der Auswertung der Unterlagen von behördlich gemeldeten Genlacks und Patenten. Es analysiert - u.a. auf Grundlage in einer Protokolle - die späten Versuche der Politik, "Herr der Lage" zu werden. Überall trifft der Leser dabei auf scheinbar allmächtige Kommissionen, Ausschüsse, der Forschungsförderung, die Zentrale Kommission für Biologische Sicherheit, eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, Ethik-Kommissionen bei den Universitäten und Ärztekammern. Sie bearbeiten die mit der Gentechnologie heraufbeschworenen Probleme jedoch nur höchst selektiv und geben am Ende fast immer "grünes Licht" für die Forschung. So wirken sie eher als

Filter gegen die vielfältigen Einsprüche seitens der Öffentlichkeit denn als Sicherung gegen die Gefahren für die natürliche und menschliche Integrität. Der institutionelle Aufwand dient vor allem dem Versuch, durch Expertengremien "Akzeptanz" herzustellen, um die eigene Stellung im wissenschaftlich-industriellen Komplex zu sichern. "Politik" verteidigt hier nur, was ohnehin geschieht. Politik im emphatischen Sinne, so argumentiert dagegen der Autor, müßte aber versuchen, unsere Zukunft nach demokratischen und menschenrechtlichen Kriterien zu gestalten. Dazu stellt er ein Modell vor, wie technopolitische Entscheidungen jenseits des etablierten, strukturell unsensiblen Sy-

stems zu treffen wären. - Alles in allem ein überfälliges Buch! ● Hm

Das Buch: Bernhard Gill, Gentechnik ohne Politik - Wie die Brisanz der Synthetischen Biologie durch wissenschaftliche Institutionen, Ethik- und andere Kommissionen systematisch verdrängt wird, Campus Verlag, Frankfurt/M. 1991, 332 Seiten, 58,- DM
Der Autor: Bernhard Gill, geb. 1958, studierte Politikwissenschaft und Soziologie an der FU Berlin. Er war Vorstandsmitglied des Gen-ethischen Netzwerks, Redaktionsmitglied der Zeitschrift Dr. med. Mabuse und hat das Memorandum des Komitees für Grundrechte und Demokratie mit erarbeitet.

SCHLAGLICHTER

SEITE

STICHWORT... 5/6-91

PERSONALIEN

Werner Seufert neu im Agfa-Vorstand

Im Oktober ist **Werner Seufert** (54) für **Poul de Pelsmacker** (62) in den Vorstand der Agfa-Gevaert-Gruppe aufgerückt. Seufert arbeitet seit 1970 für Agfa, zuletzt im Geschäftsbereich Grafische Systeme im belgischen Mortsel bei Antwerpen.

Bundesverdienstkreuz für Lateinamerika-Engagement

Für seine besonderen Verdienste um die Förderung der deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen ist **Günter W. Bekker**, von 1977 bis 1987 Mitglied des BAYER-Vorstandes, mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden.

BELEGSCHAFT

Entlassungen nach Übernahme

190 ehemalige BAYER-Beschäftigte in Berlin stehen vor der Entlassung. Erst im Januar 1991 hatte BASF das Werk Berlin als Teil der Magnetband-Aktivitäten von Agfa-Gevaert übernommen. Jetzt soll zum Jahresende die Produktion eingestellt und die Fertigung von Videocassetten auf andere Standorte verteilt werden.

PHARMA

Teures Pilzmittel

Fast jede Frau leidet irgendwann einmal unter einer vaginalen Pilzinfektion, die üblicherweise mit einer von vier chemischen Standardsubstanzen behandelt wird. Der wohl am besten bekannte Handelsname ist der BAYER-Renner CANESTEN. Zwar sind sich Expertinnen, kritische eingeschlossen,

über den therapeutischen Nutzen der in CANESTEN verarbeiteten Substanz COTRIMAZOL einig. Dennoch findet das BAYER-Mittel nicht ungeteilten Zuspruch. Den Grund dafür liefern die vergleichsweise teuren Therapiekosten. So liefert der Konkurrent ICHTHYOL eine mit CANESTEN gleichwertige Vaginaltablette zu 45 Prozent unter dem von BAYER verlangten Preis.

ADALAT rückläufig

Das BAYER-Herzkreislaufmittel ADALAT - Jahresumsatz ca. 80 Millionen DM - büßt seine Spitzenstellung unter den meistverkauften Medikamenten immer mehr ein. Ein von der Pharmaindustrie beauftragtes Institut konstatierte unlängst ein Umsatzminus in deutschen Apotheken von 9,4 Prozent. Dies, obwohl die Leverkusener Pharmastrategen den Preis unter Festbetragsniveau gesenkt hatten und die neuen Bundesländer den Absatz stabilisieren dürften. Während preiswertere Nachfolgeprodukte des nicht mehr patentgeschützten Kalziumantagonisten ADALAT auf dem Vormarsch sind, kompensiert BAYER die rückläufige Tendenz durch Einführung neuer Substanzen aus der gleichen Stoffgruppe. So entwickelte sich der von der Tochterfirma BAYROPHARM eingeführte Kalziumantagonist BAYOTENSIN außerordentlich erfolgreich.

desgesundheitsamt spricht von zum Teil »vermeidbaren Rückständen«, die in einigen Fällen sogar die »geltende Höchstmenge« überschreiten. Während die Deutsche Gesellschaft für Ernährung keine »Gesundheitsgefährdung« erkennen mag, sprechen die GRÜNEN im Bundestag von einem »Gefahrenpotential für die Gesundheit«, besonders für die Kinder. Der BUND brandmarkt die Rückstände als das, was sie sind: »Gift in der Nahrung«.

O-Ton

Kein Grund zur Beunruhigung

Spätestens ab der nächsten Woche wird eine weiße Dampfzahn über dem BAYER-Werk in Wuppertal-Varesbeck stehen. Grund zur Beunruhigung gibt es trotzdem keinen: Die Dampfsäule, die fortan regelmäßig aus dem neuen 48-Meter-Schornstein auf dem Werksgelände aufsteigen will, ist ebenso beanspruchungstauglich wie ungefährlich. ... Ganz rein ist die Luft, die anschließend über den Kamin ins Freie geblasen wird, dann zwar immer noch nicht; die noch enthaltenen Mengen an Kohlendioxid, Stickoxyden und Salzsäure unterliegen nach Auskunft des BAYER-Umweltbeauftragten, Dr. Heinz Bahnmüller, aber strengen Kontrollen...
aus: Rundschau am Wochenende

PESTIZIDE

Nahrung verseucht

Als weltweit drittgrößter Pestizidproduzent und -exporteur ist auch BAYER in dieser Frage nicht von Verantwortung frei zu sprechen, denn: »Nahrungsmittel sind weitgehend von Pestiziden belastet.« Zu diesem Ergebnis kommt die vorläufige Auswertung eines »Monitoring-Projektes« der Bundesregierung, das bei Äpfeln, Salat und Erdbeeren einen Kontaminationsgrad zwischen 47 und 80 Prozent ermittelt. Die Höhe der Belastung unterliegt starken jahreszeitlichen Schwankungen. Besonders stark verseucht ist nicht saisongerecht gekauftes Obst und Gemüse. Das Bun-

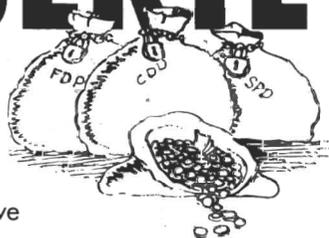
FORSCHUNG/WISSENSCHAFT

Chlorfreies Treibmittel und Isoliergas entwickelt

Auf dem Polyurethan-Weltkongress, der Ende September in Nizza stattfand, erklärten BAYER-Vertreter, in Bezug auf das FCKW-Problem seien Lösungen für derzeit noch kritische Anwendungen in Sicht. BAYER habe mit 1,1,1,4,4,4-Hexafluorbutan (R 356) ein neues Treibmittel und Isoliergas für PUR-Hartschaum-

ANZEIGE

OFFEN FÜR SINNVOLLE PROJEKTE!



Der kleine Unterschied. Abgeordneten-Diäten und Parteieinnahmen kommen bei den GRÜNEN in einen großen Sack aus dem wir grün-alternative Initiativen fördern. Auch dieses Projekt wurde mit Ökofondsmitteln unterstützt.



Ökofonds der GRÜNEN NRW, Volksgartenstraße 35, 4000 Düsseldorf 1

STICHWORT... 5/6-91

stoffe entwickelt. Es sei chlorfrei, daher nicht ozonabbauend, besitze ein kurze Lebensdauer in der Atmosphäre und sei nicht brennbar. Die toxikologischen Untersuchungen mit diesem Produkt sind allerdings noch nicht abgeschlossen.

Jungbrunnen für alte Haut

BAYER-Wissenschaftlern ist es gelungen, eine Wirkstoffkombination zu entwickeln, die älterer Haut ein jüngeres Aussehen gibt. In dem neuen »Age-Konzentrat« sorgt eine nicht genannte chemische Verbindung dafür, daß der Wirkstoff durch die Schutzbarriere der Haut an die Keimschicht dringt. Feuchtigkeitsgehalt und Elastizität der Haut lassen sich damit nachweislich verbessern.



RAFFELT

SCHLAGLICHTER

PERSONALIEN

Wechsel zwischen Japan und Leverkusen

Der derzeitige Leiter Pharma-Vertrieb Deutschland der BAYER AG, Lambert Courth, übernimmt ab 1. Dezember 1991 die Geschäftsführung der BAYER YAKUHIN Ltd. in Osaka. Er wird Nachfolger von Klaus D. Jülicher, der ab 1. Januar 1992 die Leitung des Pharma-Vertriebes Europa in Leverkusen übernehmen soll.

IMPERIUM

BAYER heißt in den USA bald MILES

Ab 1. Januar 1992 faßt die BAYER AG ihre Unternehmen in den USA unter dem Namen MILES INC zusammen. Das Unternehmen wird insgesamt 30.000 MitarbeiterInnen haben. Die BAYER-Unternehmen in den USA – Mobay Corp, Miles Inc und Agfa Corp – erwarten in diesem Jahr einen Gruppenumsatz von mehr als sechs Milliarden Dollar.

Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges darf BAYER in den USA nicht mehr mit dem BAYER-Kreuz werben. Die Rechte kaufte eine US-Pharma-Firma.

Gewinnsprung bei BAYER INDIA

Die BAYER (INDIA) Ltd., die mit 51 Prozent zur BAYER AG gehört, konnte im Geschäftsjahr 1990/91 ihren Umsatz um 21 Prozent und den Gewinn vor Steuern um 57 Prozent steigern. Die Verwaltung hat eine von 20 auf 22 Prozent erhöhte Dividende vorgeschlagen.

BAYER (INDIA) ist in drei Geschäftsbereichen tätig: Pestizide, Kautschukchemikalien und Pharmazeutika.

BAYER an den Börsen der Welt

Aktien der BAYER AG werden mittlerweile an 14 ausländischen Börsen notiert. »Die angestrebte globale Präsenz an den wichtigen Börsen der Welt wird als die logische Folge einer global ausgerichteten Unternehmenspolitik gesehen«, heißt es dazu in der Frankfurter Börsen-Zeitung. Der Einstieg in das ausländische Börsengeschäft erhöht die Zahl ausländischer Aktionäre beträchtlich. So wertete BAYER den Anteil von einem Prozent japanischer Investitionen am BAYER-Grundkapital als Folge des Gangs an die Tokioter Börse im November 1988.

KÖNIGKURTJR

BAYER vorn bei Chemiekonzernen

BAYER kam im ersten Geschäftshalbjahr 1991 mit Verlusten von minus 3,2 Prozent davon. Damit schnitten die Leverkusener deutlich besser ab als BASF (minus 10,6 Prozent) und Hoechst (minus 22 Prozent). Umsatzstärkster Chemiekonzern bleibt BASF, gefolgt von Hoechst und BAYER.

STICHWORT... 5/8-91

ANZEIGE

Aktion Selbstbesteuerung

**Friede durch gerechte
Entwicklungspolitik (asb) e.V.**



Der Golfkrieg wurde auch mit ihren Steuern finanziert.
Soziale Ungerechtigkeit in den Entwicklungsländern wird mit Ihrem Geld kaum bekämpft
Sie können dies ändern!

Mitglieder
der Aktion Selbstbesteuerung zahlen 2-3 % ihres Nettoeinkommens als freiwillige Entwicklungssteuer (beim Finanzamt absetzbar). Informieren sich und andere über entwicklungspolitische Themen, entscheiden gemeinsam über die Vergabe von Geldern an Projekte im In- und Ausland.

Fordern Sie weitere Informationen über die asb an!
Werden Sie Mitglied in der asb!

Aktion Selbstbesteuerung

Lerchenstr. 84, 7000 Stuttgart 1.
Tel.: 0711/29 21 08

pon. Und: Vergessen Sie nicht, Ihre Kleidergröße anzugeben (groß, mittel, klein). Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



**Tragen auch Sie:
Das Don't BAYER me!-T-Shirt**

Haben wollen! Das Hemd zum Abo.

STICHWORT BAYER-LeserInnen wollen mehr. Sie lassen sich nicht von aalglatten Phrasen gut geölter Managereinullen. Sie wollen wissen, was hinter den Kulissen passiert.

STICHWORT BAYER deckt seit zehn Jahren bereits regelmäßig Fakten zur Chemie- und Umweltpolitik eines deutschen Großkonzerns auf. Aktuell

kritisch, verursacherzentriert. STICHWORT BAYER dokumentiert die konkrete Arbeit eines internationalen Selbsthilfe-Netzwerkes, der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN. STICHWORT BAYER, der unabdingbare Informationsdienst für AnwohnerInnen, PatientInnen, TierversuchsgegnerInnen, ÄrztInnen, VerbraucherInnen, GewerkschafterInnen, PolitikerInnen und allen, denen BAYER sonst noch stinkt.

Wer innerhalb der nächsten 14 Tage abonniert, nimmt an der Verlosung von 20 T-Shirts mit unserem kessenen "Don't BAYER me!"-Spruch teil. Benutzen Sie bitte nachstehenden Cou-

Das Don't BAYER me!-T-Shirt. Bekenntnis zu mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER. Ärgernis für Konzernmanager. In drei Größen – groß, mittel, klein – erhältlich. Bitte Kleidergröße angeben.

Das Don't BAYER me!-Shirt kann für 28,00 DM zzgl. 6,00 DM Porto/Verpackung direkt bei der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN bestellt werden. Postkarte genügt.

JA

Ich/wir möchte/n das **STICHWORT...** abonnieren. Und zwar (bitte ankreuzen) als:

- Einzelabonnement (1 Exemplar pro Ausgabe) für **48,00 DM** im Jahr.
- Doppel-Abonnement (2 Exemplare pro Ausgabe) für **70,00 DM** im Jahr.
- Gruppen-Abonnement (5 Exemplare pro Ausgabe) für **130,00 DM** im Jahr.
- Abonnement für Journalisten, Institutionen u.a. für **100,00 DM** im Jahr.
- Doppel-Abonnement für Journalisten, Institutionen u.a. (2 Exemplare pro Ausgabe) für **170,00 DM** im Jahr.
- Auslandsabonnement (1 Exemplar pro Ausgabe) für **75,00 DM** im Jahr.
- Förder-Abonnement (Selbsteinstufung, mindestens **100,00 DM**) für _____ **DM** im Jahr.
- Ermäßigtes Abonnement (1 Exemplar pro Ausgabe) für **30,00 DM** im Jahr.

Ich weiß, daß ich das Abonnement von **STICHWORT...** innerhalb von 7 Tagen ohne Angabe von Gründen widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an **CBG, Hofstr. 27a, 5650 Solingen 11**. Dies bestätige ich durch meine **2.** Unterschrift:

_____ **DM** im Jahr

NAME VORNAME

PLZ ORT:

STRASSE:

DATUM UNTERSCHRIFT:

ABER

Ich will/wir wollen das Don't BAYER me!-Shirt zum Preis von **28,00 DM** zzgl. **6,00 DM** Porto/Verpackung haben. Deshalb bestelle/n ich/wir:

Shirts groß **à 28,00 DM**

Shirts mittel **à 28,00 DM**

Shirts klein **à 28,00 DM**

zuzüglich Porto und Verpackung **6,00**

Gesamtbetrag _____

Ein Verrechnungsscheck über _____ **DM** liegt bei.

TELEFON:

COUPON bitte einsenden an: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V., Hofstraße 27a, 5650 Solingen 11